

Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengelegene Beilage oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247.

Donnerstag, den 21. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Variete und Kapitalisten.

Der politisch zersplitterten Arbeiterschaft steht ein geschlossenes und kampfbereites Unternehmertum gegenüber. Die Einstellung zum Beispiel der Berliner Verleger im Zeitungsstreik auf den rückwärtslosen Machtkampfpunkt sollte allen Einsichtigen zeigen, was die Glücke geschlagen hat. Das Unternehmertum ist dabei, den Arbeitern ihre Errungenschaften mit offener Gewalt und mit List zu entreißen, geschlossen gegen den Achtstundentag und alle wirtschaftlichen Verbesserungen Sturm zu laufen. Dabei bedient sich das Unternehmertum Kampfmittel, die nicht mehr zu den ehrlichen Waffen zu rechnen sind.

In Hamburg besteht ein Verlag Henry Seifert, der eine Abteilung für „Propaganda zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums“ eingerichtet hat, die bisher zahlreiche Flugblätter hergestellt und an Arbeiter und Angestellte zum Versand gebracht hat. Jetzt gibt dieser Verlag eine Wochenschrift „Die soziale Frage“ heraus, der ein Unterhaltungsblatt mit Witz und Bildern beigelegt ist, während in dem (ilustrierten) Hauptteil die Arbeiter durch geschickt überschriebene und aufgemachte Artikel über die wichtigsten Arbeiterfragen vorsichtig aber eindeutig vom Unternehmerstandpunkt aus unterrichtet und beeinflusst werden sollten. Diese Zeitschrift wird kostenlos versandt. Es wird zum Abonnement aufgefordert, das natürlich erstaunlich billig ist, weil die Unternehmer ja dies für sie außerordentlich wertvolle Kampfmittel mit allen Kräften fördern werden. Aus einem Aufsatz über „Arbeitsgemeinschaften“ in Nr. 1 sei der Schluß zitiert, der keinen Zweifel darüber läßt, was man erstrebt:

„Deutsches Volk besinne dich auf dich selbst! Stelle alle politischen Interessen zurück und schaffe dir aus den Ruinen einen neuen wohnhaften Bau, in dem Persönlichkeit und Sozialität, Selbstbewußtsein und Körperschaftsgeist, Freiheit und Gebundenheit vereint sind, in dem Unternehmer und Arbeitnehmer sich die Hand reichen, beiseit von dem einen Gedanken an Deutschlands Zukunft. Dann, deutsches Volk, ist dir geholfen!“

Man fördert die Arbeiter, indem man ihnen die „Bruderhand“ hinhält, aber man verfolgt ganz bestimmte Ziele, was aus dem folgenden Satz des gleichen Aufsatzes erhellt:

„Weder kann es sich darum handeln, den Arbeitern ihre Freiheit und ihre guten Rechte zu nehmen, noch dürfen diese daran denken, den Unternehmer um sein wohlverwobenes Eigentum zu bringen.“

Merkt ihr was? In einem Artikel des 2. Heftes der Zeitschrift wird lang und breit über die Sozialisierung des Bergbaues gesprochen. Der Arbeiter wird richtig „eingesetzt“. „Ihr habt ja ganz recht“, sagt man, „aber wartet doch noch ein bißchen. Wir denken ja genau so wie ihr, aber heute könnt ihr doch noch nicht sozialisieren!“ Zum Schluß heißt es dann:

„Wenn also die deutschen Arbeiter verständig sind, dann stellen sie selbst ihre Wünsche zurück, wenigstens bis zu einer Zeit, wo unser Wirtschaftskörper wieder eine strotzende Gesundheit zeigt. Aufgehoben ist ja nicht aufgehoben! Es werden Tage kommen, wo wir uns von neuem über diese Probleme unterhalten können. Einstweilen haben wir genug zu tun, wenn wir mit den alten bewährten Methoden danach streben, unsere Fabriken und unsere Verkehrsmittel im Gang zu erhalten, unsern Verpflichtungen gegen das Ausland nachzukommen und unsern Platz auf dem Weltmarkt zurückzuerobern!“

Man beabsichtigt, diese Wochenschrift in riesigen Mengen zu verbreiten. Man will sie in Restaurants, Kaffees, Lesehallen, Barbierläden usw. austreten.

Aber auch damit ist noch nicht genug getan. Man hat noch eine andere, sehr feine Methode gefunden, die Arbeiter aufzuklären. Darüber gibt das folgende „Werbearbeit“ durch Vortragskünstler „überschriebene“ Flugblatt Aufklärung, das wir, um das Treiben dieser Herrschaften genügend deutlich zu beleuchten, hier wörtlich abdrucken:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß es zu den wichtigsten Forderungen der Gegenwart gehört, Aufklärung in die Massen zu tragen und diese davon zu überzeugen, welchen Gefahren sie sich selbst aussetzen, wenn sie fortfahren, den Wahndeeen der sozialistischen, kommunistischen, bolschewistischen Volksführer Gehör zu schenken. In der bürgerlichen Tagespresse sowie in zahlreichen gemeinverständlichen und wissenschaftlichen Broschüren ist diese Aufklärungsarbeit bereits mit mehr oder minder Erfolg in Angriff genommen worden.“

Aber es gibt noch andere Wege, an die man bisher weniger gedacht hat und die vielleicht noch viel besser zum Ziele führen. Hier möchten wir an erster Stelle auf den großen Einfluß hinweisen, den die Kunst, zumal die leichte Vortragskunst, in der Operette, im Variete, im Kabarett, in den Vergnügungsorten der großen Masse auszuüben vermag. Einige geschickte Verse, die einem sonst unverfänglichen Couplet eingeflochten werden, ein guter politischer Witz im Vortrage eines Humoristen, eine scheinbar nebenläufige Anwendung in irgend einer Produktion dieser Art, das sind Dinge, die sich fest ins Gedächtnis einprägen, die überzeugend wirken und mindestens ebensoviel dazu beitragen, den Geist der Masse auf den richtigen Weg zu lenken, wie dies nach der falschen Seite hin durch demagogische Schlagworte geschieht.

Wir haben schon Verbindung mit einer Anzahl Vortragskünstler, die es aus eigener Überzeugung sehr geschickt verstanden haben, gegen den Streikunfug, das Bolschewitentum und ähnliche Zeitverirrungen witzig und treffend aufzutreten. Diese Richtung möchten wir organisatorisch unterstützen, indem wir auch diese Künstler zu weiteren nützlichen Bestrebungen dieser Art ermuntern, und es liegt uns sehr viel daran, alle diejenigen Vortragskünstler, Humoristen usw. kennen zu lernen, auf die man in dieser Beziehung rechnen kann. Wir wenden uns an Sie mit der Bitte, uns bei diesen Bemühungen dadurch zu unterstützen, daß Sie uns ganz kurz mitteilen, ob Ihnen etwa in Ihrer Stadt oder Gegend solche Künstler bekanntgeworden sind, die entweder eigene Vortragsabende veranstalten oder in größeren Lokalen auftreten.

Schon eine kurze Benachrichtigung, wer die Vortragenden sind und welche Art von Vorträgen sie halten, wäre uns sehr nützlich. Natürlich ist es von Wichtigkeit, zu wissen, wie die Vortragenden politisch denken.

Jede Nachricht und Anregung der gewünschten Art wird von uns mit voller Diskretion, aber mit größtem Eifer verfolgt und benutzt werden, und wir glauben hiermit der nationalen Sache einen guten Dienst zu leisten. Für jede eventuelle Mitteilungs sagen wir im voraus unsern verbindlichsten Dank und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung
Propaganda zur Erhaltung des freien selbständigen
Unternehmertums
durch die
Werbestelle Henry Seifert, Hamburg 6
Schanzenstraße 75 (Tritonhaus).“

Wie die „Breslauer Volkswacht“ mitteilt, würden dort bereits in den Kabarets und Varietes Proben dieser Verblödung gegeben, und zwar in einer Art, daß unser Bruderblatt dagegen schärfsten Protest einlegte. Man versucht natürlich auch anderwärts, die Massen vom politischen und wirtschaftlichen Tageskampfe abzulenken und zu verstimeln. Die Arbeiter haben nunmehr das Recht, in jedem dieser „Künstler“ ein vom Industrieunternehmertum bezahltes Subjekt zu sehen, und jeder anständige Künstler wird sich nunmehr hüten, sich öffentlich in seinen Vorträgen mit Politik und Arbeiterbewegung zu befassen. Nun findet man ja eine ausreichende Erklärung für diese fast in Massen auftretenden deutschnationalen, antisemitischen, die Republik verhöhnenden Künstler, die ihre Arbeit für „ein freies, selbständiges Unternehmertum“ täglich vor den Massen verrichten und obendrein noch gedankenlos beklatscht werden.

Also Achtung, Arbeiter! Heraus mit dieser Unternehmerzeitung „Die soziale Frage“ aus den Betrieben! Geschlossene Front gegen das hinterlistige, aber einig kämpfende Unternehmertum! Geschlossene Front gegen Humoristen und Kabarettfänger, die die Geschäfte des gut zahlenden Unternehmertums verrichten!

Deutscher Reichstag.

Mittwoch, 20. Oktober 1920.

21. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Heinze, Simons, Koch.

Eine Ausweisungs-Debatte.

Auf der Tagesordnung steht ein schleuniger Antrag Adersholz (Unabh.), betreffend die Ausweisung Sinowjews und Losowskis.

Dr. Rosenfeld (Unabh.) begründet den Antrag. Wieder sind zwei Ausländer aus lächerlichen Gründen ausgewiesen worden. Das erinnert an die Ausweisungen unter Bismarck in den 80er Jahren, an die Ausweisung der „Schnorrer und Verschwörer“ unter Bülow, an die Ausweisung des Franzosen Jaures. Die Ausweisung des russischen Bolschewikers Hoff hat bewiesen, daß diese Praxis schwerwiegende Folgen haben kann. Ohne sie würden wir jetzt mit Russland in den besten Beziehungen leben. Ausländer sind nach wie vor der Willkür der Polizei ausgeliefert. Wir werden uns bemühen, das abzuschaffen. England verdammt einer gerechten Behandlung der Ausländer den Ruf eines Kulturstaates. Ich wünsche, daß Deutschland den gleichen Ruf genießt. Aber bei uns haben nur Reaktionen das Anrecht. Polnische Spitzel dürfen sich ungehindert hier aufhalten. Veranlassung zu unermüdetem Antrag war die empörende Behandlung Sinowjews und Losowskis. Sinowjew ist ohne Bedingungen gestattet worden, an unserm Parteitag teilzunehmen. Sein Verhalten war doch so, wie es jeder Politiker voraussehen konnte. Losowski hat keine Verpflichtung gehalten, aber die Regierung hat ihr Wort nicht gehalten.

Minister des Innern Simons: Es war zur Bedingung gemacht worden, daß die Herren sich auf Teilnahme an den Verhandlungen ökonomischer, sozialer und wirtschaftlicher Art beschränkten. Rom Kabinett war ausdrücklich beschloffen worden, daß eine politische Betätigung und Teilnahme an politischen Versammlungen nicht zugelassen werden dürfe. Das haben die Herren, namentlich Losowski, nicht gehalten. Losowski hat an verschiedenen Orten politische Reden gehalten, so daß ich mich genötigt sah, Herrn Losowski eine Warnung zukommen zu lassen. Eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis wurde gestanden, bis die italienische Regierung geantwortet hatte. Losowski sollte in Berlin den Bescheid abwarten. Statt dessen ist er nach Halle gegangen und hat die ihm auferlegten Bedingungen rückwärtslos außer acht gelassen. Desgleichen haben beide hochverräterische Reden gehalten. Als dann die Nachricht der italienischen Regierung kam, daß die Einreise nach Italien nicht gestattet würde, lag kein Grund mehr vor, der Sejmire Losowski Hindernisse zu

bereiten. (Heiterkeit.) Nach Kenntnisnahme der Rede Sinowjews in Halle beschloß das Kabinett, sein weiteres Auftreten zu verhindern und einen entsprechenden Antrag an den preussischen Minister des Innern zu richten. Herr Sinowjew hat am wenigsten das Recht, sich zu beklagen, wenn man bedenkt, wie er seine politischen Gegner zu behandeln pflegt. Ich habe versucht, ihm Privatlogis zu verschaffen, das ist aber in Berlin jetzt außerordentlich schwer. (Zuruf rechts: Privatlogis am Laternenzahl! Unruhe links. Abg. Ledebour: Diese Terroristen! Heiterkeit. Abg. Adolf Hoffmann: Hütel Euch! Heiterkeit und Unruhe.) Wir hatten guten Grund, die Ausweisung zu beantragen. Wenn ein Fremdenrecht geschaffen werden soll, so wird es jedenfalls nicht den freimütigen Charakter haben, den Herr Rosenfeld empfiehlt. Die deutschen Gewerkschaften stehen turmhoch über den russischen und besonders über denjenigen, die unter der Einwirkung der Sowjet-Regierung entstanden sind. Die ganze Angelegenheit ist zweifellos eine starke Belastungsprobe für unser Verhältnis zu Russland. Das russische Volk ist in Deutschland außerordentlich populär. Es steht auch fest, daß wir nur wieder hochkommen können, nicht gegen das russische Volk, sondern mit dem russischen Volk. Dieser Glaube wird durch diese letzten Ereignisse nicht aus den Angeln gehoben.

Bernstein (Soz.): Für uns handelt es sich um den zweiten Teil des Antrages, der die Beseitigung der Gesetzesbestimmung verlangt, auf Grund deren Ausländer als „lästig“ ausgewiesen werden können. Das darf aber nicht in einer reinen Negation geschehen, sondern wir brauchen einen genauen Entwurf, der eine präzise Fassung enthält. Das hat die Sozialdemokratie, wie Abgeordneter Rosenfeld bereits betont hat, schon immer verlangt. Die neue Fassung muß aber bestimmte Garantien für die Sicherheit der Ausländer enthalten. Deutschland muß nach unserer Meinung ein Asyl für Verfolgte und Unterdrückte werden, ähnlich, wie die Vereinigten Staaten. Das trifft aber hier nicht zu; denn die hier genannten Personen sind selbst Verfolger und Unterdrücker. (Beifall bei den Soz.; Unruhe bei den Unabh.) Ich habe oft Gelegenheit nehmen müssen, die Opfer ihrer Verfolgungspolitik zu sprechen (hört, hört!) und das hat die Rede Martens ebenfalls gezeigt, hinter der unsichtbar die Geister aller der Ermordeten standen. Das ändert für uns die ganze Frage, umso mehr, als eine eigentliche Ausweisung gar nicht vorliegt; denn die Regierung hat die nachgelagerte Verlängerung, die für die Arbeiten der russischen Delegation notwendig waren, ohne weiteres gewährt. Jetzt ist die Aufenthaltserlaubnis einfach abgelaufen. (Zuruf bei den Unabhängigen: „Über festgelegt ist er worden!“) Das stimmt, aber nicht ausgewiesen. Es handelt sich also tatsächlich nur um Ablauf der gewählten Aufenthaltserlaubnis und wir haben gar keinen Grund, diese verlängert sehen zu wollen. Deshalb kann die sozialdemokratische Fraktion dem unabhängigen Antrag nicht zustimmen. (Als Abg. Bernstein das Rednerpult verläßt, werden ihm von unabhängiger Seite Worte würde gemacht, gegen die er sich energisch wehrt. Unruhe.)

Bulle (DVP): Herr Apfelbaum (Sinowjew) ist Oberbürgermeister von Petersburg und hat es in verblüffend kurzer Zeit verstanden, aus einer Stadt von 2 Millionen Einwohnern ein heruntergekommenes Gemeinwesen von 800 000 Einwohnern zu machen, bei denen ständiger Hunger und der Nordstüb. Das einzelne kann ich mir ersparen, nachdem Kollege Dittmann uns so erfreuliche und ausführliche Einzelheiten über die Zustände in Russland mitgeteilt hat. Wie man in Petersburg Streiks bekämpft, zeigen Schilderungen des „Daily Telegraph“. Danach wurden die Streikführer gebunden. Man setzte ihnen Ratten auf den Leib, die sich in den Leib hineinfressen mußten. Ich verstehe nicht, wie Herr Ledebour die Ausweisung dieses Massenmörders als einen Akt des Terrors bezeichnen kann. Wir brauchen keine russischen Juden bei uns, wir wollen ein einiges deutsches Volk haben, dem das Vaterland über der Partei steht. (Beifall rechts.)

Dr. Bell (Z.): Die deutsche Regierung hat Flug und weisse gehandelt, als sie nach Rücksprache mit deutschen Arbeitervertretern die Einreiseerlaubnis erteilte. Die Bedingungen waren genau abgegrenzt. Die Russen haben aber die ihnen erteilte Erlaubnis mißbraucht.

Marekly (DVP): Die Herren um Ledebour wollen wohl mit ihrem Antrag den andern zuvorkommen. Wir verlangen, daß die Regierung das Auftreten Sinowjews aufhält als das, was es tatsächlich ist: eine Kampfanlage an die bürgerliche Welt, auffassung, an unsern Staat und als die Drohung, die kommunistische Revolution in aller nächster Zeit durchzuführen. Gegenüber dieser Kampfanlage verlange ich, daß die Regierung die Parteien aufruft; denn öffentliche Auftritte zur Diktatur, zum Terror gehören doch unter die Bestimmungen des Strafgesetzes. Wir laden daher der Regierung: Handelt, ehe es zu spät ist!

Petersen (Dem.): Gerade bei einer Frage, die auf das Gebiet der auswärtigen Politik übergreift, sollten sich die Redner aller Parteien vor Anwendung übertriebener Ausdrücke wahren. Die Streitigkeiten der Unabhängigen lassen wir sie untereinander abmachen.

Koenen (Unabh., linke Richtung): Wir begrüßen den Präsidenten des Exekutivkomitees als den Führer der Weltrevolution heute und weiterhin. Ihre Angriffe reichen nicht an die Fußspitze dieses Mannes heran. (Lärm und Heiterkeit.) Redner berichtet dann von großartigen Hilfsmassnahmen in Petersburg, insbesondere von der Lösung des Wohnungsproblems. (Heiterkeit im ganzen Hause und andauerndes Lachen.) Sie und Ihre Generale haben noch viel mehr Tote auf dem Gewissen. (Fortdauernde Rufe: Schuß! Schurke! Glücke des Präsidenten.) Den Kappisten war die weiteren Ausführungen des Redners, gehen im Lärm unter. Die Abgeordneten der Rechten verlassen teilweise den Saal. Der Präsident bittet um Ruhe. Redner wendet sich dann gegen die Bezeichnung „Apfelbaum“. Das förmliche Recht kommt für uns im Gegensatz zu Rosenfeld wenig in Betracht. Für uns ist das Ganze eine politische Machfrage. Aber auch die Rechtslage gibt uns recht. Wenn Bernstein gegen Sinowjew Stellung nimmt, dann frage ich ihn: Haben Sie während Ihrer Regierung den Arbeitern Wohnungen besorgt, ihnen freie Kaufenshandlung gewährt, ihnen Chawren umsonst gegeben? Unfähig waren Sie und nennen jetzt die Leute, die es fertiggebracht

Haben, Bluthunde. Die Mehrheitsfraktion hat Kleinbürgerliche Nationalisten. Die Partei, die einen Wels zum Vorsitzenden hat und einen Koske zum prominenten Mitglied, die sollte mit dem Wort "Bluthunde" zurückgehalten. Selbst wenn es wahr wäre, daß Sinowiew Blut vergossen hat, so frage ich Sie: Hat er Arbeiterblut vergossen? (Zuruf: Jawohl!) Oder hat er die Bourgeoisie niedergemetzelt? (Beifall bei den Kommunisten.) Wenn die wirkliche Revolution kommt, dann wird sie kein Kassekranz sein. Sie (zu den Mehrheitsfraktionisten) haben unter dem Namen Koske im Bündnis mit Welskardisten von rechts den Kampf gegen die Arbeiterklasse geführt. (Dauernde Unruhe. — Zuruf: Sie tragen die Schuld!) Die Reaktion hat durchaus unrecht. Der Antrag ist eine Selbstverständlichkeit. (Beifall bei den Kommunisten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Lebedeur (Unabh., rechts): Wir verlangen freies Recht für jedermann, auch für die Ausländer. Die propaandistische Kraft Sinowiews wird durch die Ausweisung nur gelähmt. Mit Gewaltmaßnahmen kann man keine Bewegung töten. (Zuruf: Siehe Kufstahl!) Jawohl, auch der Bolschewismus trönt dieses falsche Treiben, er ist Geist von Ihrem Geist! (Heiterkeit.) Wenn Herr Kosken mit Herrn Marek einmal abwechseln würde in der Anwendung terroristischer Methoden, dann würde er das gleiche Risiko erleben, wie dieser. Kosken hat es dargestellt, als ob Sinowiew gar kein richtiger Terrorist wäre, sondern nur Gelegenheitsterrorist. (Lachen.) So dumm, dies zu alauben, ist kein Mensch aus Ihrer Fraktion. (Schallende Heiterkeit.) Sinowiew ist nicht nur theoretischer Terrorist, sondern auch in der Praxis. Er gibt dies auch offen zu. Nur die Neu-Kommunisten fühlen sich in der terroristischen Posenhaut noch nicht ganz sicher und blöken noch immer la la. (Schallende Heiterkeit.) Je länger wir Gelegenheiten haben, diesem Terrorismus entgegenzutreten, um so eher wird die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse erkennen, wie gefährlich die Politik ist, der Sinowiew kein Emporkommen verdankt. In Deutschland existiert tatsächlich eine kommunistische Arbeiterzentrale, genau wie im gegenrevolutionären Rußland. Sinowiew verleiht auf unserm Parteitag die Taktik, 4 1/2 Stunden zu sprechen, um uns die Gelegenheiten zu nehmen, darauf zu antworten. (Zuruf: Watsch! Er hat aber vieles gesagt!) Er hat vieles gesagt, was Sie in Ihrer Kainofat für unendlich wertvoll betrachten. (Stürmische Heiterkeit.) Gerade die Frage des Terrorismus ist es, die uns grundsätzlich scheidet von den Leuten, die unsere Partei vertreten haben. (Zuruf: Umarmet!) Es ist ein Unfinn, wenn Sinowiew die Notwendigkeit des Terrorismus mit der unmittelbaren Freilassung einiger Generale bewiesen will. Auf eine solche Beweisführung sind die neuen Neu-Kommunisten herein gefallen. Wir sind Sinowiew und Koskoff entgegenzutreten, wo wir konnten, und folgen nur unserem Grundgesetz, wenn wir Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei den Rechts-Unabh.)

In einer persönlichen Bemerkung stellt der Kommunist Dr. von Kell, hochbedauernd nicht die Geschäfte seiner Partei, sondern die der antisowjetischen Liga besorgt habe, wegen Lebedeur auf's Schärfste protestiert.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Der Gegenentwurf gegen die Kapitalflucht wird dem Ausschuss übergeben.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 27. Oktober, 1 Uhr. (Interpellation über die Dieselmotoren und über die Ergebnisse des Entwaffnungsbeschlusses.) Schluß 5:15 Uhr.

Der unabhängig-kommunistische Streit.

In der unabhängigen Fraktion der russischen Landesversammlung weiß niemand, wer Koch oder Kellner ist. Am Dienstag reichte der Abgeordnete Ludwig, Stellvertreter der Vorsitzenden der Fraktion, beim Präsidenten ein, daß neun seiner bisherigen Mitglieder aus der Fraktion ausgeschieden seien. Zum Vorsitzenden sei er selbst gewählt worden. Eine Stunde später teilte der Abgeordnete Wolf Hoffmann, bisheriger erster Vorsitzender der Fraktion, mit, daß elf Mitglieder der Fraktion ausgeschieden seien und zum Vorsitzenden der Abgeordnete Wolf Hoffmann gewählt sei. Ueber vier Mitglieder dieser Fraktion ist bisher noch nicht entschieden. Der Abgeordnete Ludwig hat diese vier auf seine Liste als Bestand der Unabhängigen Fraktion gesetzt. Es gibt also drei Unabhängige Fraktionen, erstens diejenige, die den Abgeordneten Hoffmann zum Vorsitzenden gewählt hat, zweitens diejenige, die den Abgeordneten Ludwig zum Vorsitzenden gewählt hat, die sich aber gegenseitig aus der Partei ausgeschlossen haben. — Der Vorkonferenzrat der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei als aufgegeben zu betrachten ist. Ihren bisherigen Mitgliedern wurde anheimgegeben, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und ein Programm einzureichen.

Der Halle'sche Bezirksparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie fordert in einer Resolution die Reichstagsabgeordneten Fritz Kuxert und Raub, die gegen den Anschlag auf Mostau gestimmt hatten, auf, ihre Mandate der Partei zur Verfügung zu stellen. An ihre Stelle sollen König (Unter-Höblingen) und Hedwig Krüger (Halle) treten.

Die Redaktion der in Jena erscheinenden unabhängigen „Neuen Zeitung“ erklärt, daß sie sachlich auf dem Boden der Parteimehrheit steht und die Zeitung in diesem Sinne leiten wird, bis die Beizfrage endgültig entschieden ist. Da aber die Parteiminderheit die Veröffentlichung der Anträge ihrer Richtung beantragt, hat sich die Redaktion bereit erklärt, dieser Forderung einwilligen zu entsprechen.

In Dresden versuchte ein Trupp von einigen 20 Mann sich mit Gewalt in den Besitz des unabhängigen Parteisekretariats zu setzen. Es gelang, die Leute von Gewalttätigkeiten fernzuhalten. Man kam dann überein, am Freitag eine Kreisversammlung abzuhalten, in der entschieden werden soll, welcher Richtung die unabhängige Zeitung und der ganze Parteipapparat zufließen soll.

Das Halle'sche Volksblatt wendet sich in einem Aufsatz mit besonderer Schärfe gegen die „Leipziger Volkszeitung“. Nachdem das Volksblatt erklärt, daß sich die Kinberheit vollständig noch als U. S. R. bezeichnen, fordert das Blatt die Leipziger Genossen zum Abonnement des Halle'schen Volksblatts auf, das von jetzt ab einen Teil seines Raumes für Leipziger Meldungen zur Verfügung stellen wird. Der Aufsatz heißt: „Die Leipziger Volkszeitung“ hat schon während des Ringens um Klarheit mit den niedrigen Mitteln der Verleumdung und Lüge gekämpft. Sie hat über die Beratungen in Halle in schamlosester Weise entstellte und lügenhafte Berichte gebracht, und ist offen in das Lager der Parteifeinde übergegangen.

Die Liste der Unabhängigen wird, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, im Dezember mit der kommunistischen Partei einen gemeinsamen Parteitag abhalten, auf dem die Vereinigung beschlossen und die deutsche Sektion der Dritten Internationalen gebildet werden soll.

Das Abkommen zwischen Polen und Danzig.

Der Vorkonferenzrat genehmigte den Entwurf des Abkommens, welches zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden soll. Wahrscheinlich wird am nächsten Sonnabend die Uebereinkunft gleichzeitig mit dem Beschlusse der Mächte, wonach die Stadt Danzig unter dem Schutze des Völkerbundes zur Freien Stadt erhoben werden soll, unterzeichnet werden.

Der Völkerbund auf Reisen.

Der Völkerbundrat trat am Mittwoch in Brüssel unter dem Vorsitz von Hysmans, der Belgien vertritt, zusammen. Bourgeois vertritt Frankreich, Litton Italien, Ishii Japan, Vallot England, und Quinones de Leon Spanien. Der Vertreter von Griechenland ist noch nicht ernannt. Die Plenarsitzung des Völkerbundes tritt am 15. November in Genf zusammen.

Der Tribut wird gezahlt.

Im Unterhaus erklärte Bonar Law auf eine Anfrage, ob die deutsche Regierung das Abkommen von Spaa mit Bezug auf die Abstraktion zur Zufriedenheit der internationalen Kommission ausgeführt habe: Die deutsche Regierung ist bestrebt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die britische Regierung werde sich mit der Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen. In der Durchführung der Bedingungen der Verträge von Versailles, St. Germain und Neuilly seien befriedigende Fortschritte erzielt. Die Verträge mit Ungarn und der Türkei seien bisher noch nicht ratifiziert worden. Chamberlain erklärte auf die Frage, ob die deutsche Regierung das Spaa-Abkommen mit Bezug auf die Kohlenlieferungen durchgeführt habe: Im August und September habe Deutschland 1 976 000 bzw. 1 937 000 Tonnen abgeliefert und sei somit bisher im wesentlichen den übernommenen Verpflichtungen nachgekommen. In Erwiderung einer anderen Anfrage erklärte Chamberlain, die schwebende Schuld Englands habe am 16. Oktober 1 320 418 000 Pfund Sterling betragen.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Dem ersten ruhigen Tage im englischen Kohlenarbeiterstreik scheinen so erregtere weitere Tage gefolgt zu sein. „Manchester Guardian“ meldet, daß die streikenden Bergarbeiter in Südwales revolutionäre Demonstrationen veranstaltet haben. Die Arbeiter seien mit Waffen versehen gewesen. Als die Polizei eingriff, kam es zu einem Feuerkampf, und es soll auf beiden Seiten Tote und Verwundete gegeben haben. Die englischen Marine- und Landtruppen werden in steter Alarmbereitschaft gehalten.

In London kam es in den Straßen in der Nähe des Parlaments und vor dem Regierungsgebäude, sowie in der Downingstreet zu Demonstrationen.

Im Unterhaus gab der Präsident des Handelsamts Sir Robert Horne eine Uebersicht über die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitern. Er sagte, er habe bis zum Schluß die Hoffnungen gehabt, daß die Bergarbeiter den Rat ihrer Führer annehmen und die Vorschläge der Regierung in Erwägung ziehen würden. Der Bergarbeiterführer Brace schlug die Bildung eines nationalen Amtes zur Regelung der Bergarbeiterlöhne vor.

Brace erklärte, daß die Grubenarbeiter den Vorschlag der Regierung, den Lohnstreik einem Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht annehmen könnten, da die Erfüllung der Lohnforderungen von einer Produktionssteigerung abhängig gemacht werde und die Bergarbeiter eine Ueberproduktion befürchteten. Wenn die Grubenarbeiter eine Niederlage erleiden sollten, dann würde das nicht dazu beitragen, die Kohlenförderung zu steigern. Den Bergleuten müßte die von ihnen geforderte Lohnhöhung zugebilligt werden. Nach Anhörung der Vorschläge von Brace hielt der Kabinettsrat eine längere Sitzung ab, worauf Lloyd George erklärte, die von Brace gemachten Vorschläge seien in mehreren Punkten unklar. Eine Erhöhung der Kohlenproduktion sei notwendig; wenn aber von der Regierung die volle Zustimmung zu den Forderungen der Bergleute gefordert werde, so bedeute das nichts anderes, als daß die Regierung ihre bisher eingenommene Haltung aufgeben. Sie verkenne allerdings nicht, daß das jetzige System der Entlohnung verbessert werden müsse. Er sei aber weiterhin bereit, alle Vorschläge zu prüfen, die geeignet seien, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden und die Kohlenförderung zu steigern.

Von acht im Südbahnhof von London tagenden Eisenbahnerversammlungen haben sich sieben für den Solidaritätsstreik mit den Bergarbeitern ausgesprochen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Beamtenbesoldungsreform.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Reichstag zum Gesegentwurf über die Aenderung des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 eine Begründung zugehen lassen, nach der sich der jährliche Aufwand für die Besoldung der Reichsbeamten (Grundgehälter, Orts-, Kinder- und Feuerungszuschläge, Betriebszulagen für Eisenbahnbeamte) nach dem Stande des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 auf über 10 Milliarden Mark stellt. Hierzu kommen bei Annahme des Regierungsentwurfes Neuausgaben in Höhe von jährlich mehr als 800 Millionen Mark. Eine Deckung für diese Mehrkosten ist zurzeit nicht vorhanden, und es wird bei der außerordentlich ersten Finanzlage des Reiches nicht leicht sein, sie zu finden. Jedemfalls erscheint es völlig ausgeschlossen, über den Regierungsentwurf hinaus Änderungen in das Gesetz hineinzuverarbeiten, die einen neuem Wertes Mehraufwand verursachen würden.

Die Forderung von Dieselmotoren.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge hat sich der militärische Beirat der Wirtschaftskonferenz mit der Frage der Ablieferung der deutschen Dieselmotoren beschäftigt und sich abermals für die Beschlagnahme der Motoren ausgesprochen.

Die sächsische Volkskammer nahm einstimmig einen Antrag an, das Gesamtministerium möge bei der Reichsregierung vorstellig werden, daß diese der Absicht der Entente ein Uebereinkommen der Duzimotoren jedes möglichen Ueberstand lasse.

Ein Kongreß von Vertretern der Kommunistischen Partei Bayerns hat u. a. zu der Frage der Beschaffung der Dieselmotoren Stellung genommen. Aus Grund des Kongreßbeschlusses fordert, wie die „Telegraphen-Union“ meldet, die Landesleitung der Kommunistischen Partei die Arbeiter auf, sich an der Forderung der für das deutsche Wirtschaftsleben so hoch wichtigen Dieselmotoren nicht zu beteiligen. Dahingehenden Aufforderungen ist mit allen Kräften zu widerstreben und bei etwaiger Beschlagnahme solcher Motore durch die Entente keine Hilfe zu leisten.

Zur Lohnbewegung im Ruhrbergbau

teilt das Reichsarbeitsministerium mit: Obgleich der Schlichtungsausschuss davon überzeugt ist, daß der Bergbau an der Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt ist, hat er es trotzdem für notwendig gehalten, den Bergleuten noch einmal eine Lohnhöhung zuzusprechen. Er ist sich der großen Tragweite dieser Erhöhung für das gesamte Wirtschaftsleben voll bewußt, daß damit eine neue schwere Belastung zu tragen haben wird. Von den Bergleuten erwartet der Schlichtungsausschuss, daß sie ihrerseits an der Verringerung dieser Last mitwirken, indem sie in eine produktivere Gestaltung der Ueberschichten einwilligen. Die vorliegendste und für den Bergbau gesundheitlich zuträglichste Gestaltung der Ueberschichten erblickt der Schlichtungsausschuss darin, daß die jetzt verfahrenen beiden halben Ueberschichten in der Woche durch Anhängung an die tägliche normale Arbeitszeit auf die ganze Woche verteilt werden, oder, daß unter Freilassung des Sonnabends von Ueberschichten sich die Ueberschichten an den anderen Tagen der Woche entsprechend verlängert. Der Schlichtungsausschuss empfiehlt der Regierung, die Bedenken der Bergarbeiter gegen eine derartige Regelung durch eine gesetzliche Festlegung der Höchstarbeitszeit zu beseitigen. Soweit nicht auf diesem oder einem anderen Wege eine Berringerung der Selbstkosten des Bergbaues zu erzielen ist, wird eine Erhöhung des Kohlenpreises die unvermeidliche Folge der Lohnhöhungen sein müssen.

Im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtages machte Dr. Schillertbauer zur Anwendung der Besetzung des Ruhrgebietes den Vorschlag, man solle das Ruhrgebiet in eine wirtschaftliche Einheit zusammenfassen und für die Kohlenbergwerke eine Beteiligung des amerikanischen Kapitals bis zu 25 Prozent herbeiführen. Dieses Kapital würde sich der Besetzung zu widersetzen wissen.

Für billigere Kartoffeln.

Die Mainzer Arbeiterklasse hat an die rheinheftischen Landwirte wegen Zurückhaltung der Kartoffeln und deren Verschlebung ein befristetes Ultimatum auf ortsmässige Ablieferung von zehn Zentnern vom Morgen für 25 Mark gestellt, andernfalls soll zur Selbsthilfe gegriffen werden.

Ein neuer Scheidemann-Prozess.

Vor der Kasseler Strafkammer hatte sich der Buchhändler Kay wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters Scheidemann zu verantworten. Kay hatte im Schaufenster die Broschüre „Der Mattenkönig“ ausgestellt, die verschiedene Verleumdungen gegen Scheidemann und seine Familie enthält. Kay gab die Erklärung ab, daß er nicht die Broschüre gelesen und von ihrem Inhalt nichts gewußt habe und erklärte sich bereit, die Kosten des Verfahrens zu übernehmen. Daraufhin zog der Genosse Scheidemann seinen Strafanzug zurück.

Kleine politische Nachrichten.

Das Reichskabinett beschloß neuerdings einmütig, die baldige Entschädigung eines Teils des Reichsnotopfers obligatorisch zu machen.

Der demokratische Reichstagsabg. Dr. Stubmann hat an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob es den Tatsachen entspreche, daß der Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Oele und Fette zu einer Tagung in Baden-Baden 250 M. Tagesgeld und Bahnfahrt 1. Klasse zugebilligt habe.

Der dänische Finanzminister hat im Finanzauschuss die Aufnahme einer Staatsanleihe von 25 Millionen Dollars in Amerika mit einem Zinsfuß von 8,27 Prozent vorgeschlagen. Die Rückzahlung soll im Laufe von drei Jahren stattfinden.

Der Parteitag der französischen Sozialisten ist auf den 25. Dezember verschoben worden.

Um die Rückgabe der französischen Bahnen von 1870/71 zu erwirken, hat der Ministerpräsident Herr de Celles nach Berlin entsandt, der dort von einem Sachverständigen des Kriegsministeriums unterstützt werden soll.

Die italienische Regierung hat alle Vortehrunge getroffen, um die generellen Maßnahmen zugunsten des deutschen Kleinrentenums schnellmöglichst durchzuführen.

Kerenki ist zu längerem Aufenthalt in Prag eingetroffen, wo er den Fall des russischen Bolschewismus erwartet. Kerenki ist zu der großen und wohlorganisierten Wrangelischen Mission in Beziehung getreten, die einen antisowjetischen Pressedienst organisiert und Filialen in Berlin, Wien und Bukarest errichtet hat.

In ganz England soll, wie im Vorjahre, am Tage des Waffenstillstandsvertrages um 11 Uhr vormittags zwei Minuten lang jede Bewegung unterbrochen werden.

Die englische Bolschewistin Mik Panhurst wurde wegen Veröffentlichung und Verbreitung aufreizender Schriften in London verhaftet. Sie war vor einigen Wochen aus Warschau zurückgekehrt.

In Venezuela ist nach dem „Temps“ eine Revolution ausgebrochen. An der Spitze der Bewegung steht General Gomez, der ehemalige Diktator, unterstützte. Die Stadt Victoria sei bereits in den Händen der Aufständischen. General Gomez sei in Caracas angekommen, um gegen die Revolutionäre vorzugehen.

Oesterreich.

Keine Koalition mehr.

Aus Wien wird berichtet: Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, jedem Versuch der Bürgerlichen, sie zu einer Koalition oder zu sonstiger Mitwirkung in der Regierung zu bewegen, abzuwehren. Die Frage ist vorläufig noch nicht aktuell, sobald aber der Hauptauschuss des neugewählten Nationalrates zusammentritt, werden unsere Genossen ihre Regierungämter zurücklegen. Die „Arbeiter-Ztg.“ hat bereits am Montag nachmittags erklärt, daß dies die einmütige Anschauung der Partei sei. Was bürgerliche Blätter über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei schreiben, ist falsch. Abg. Dr. Otto Bauer sprach in einer Massenversammlung über Lehren und Wirkung der Wahlen. Er erklärte es für durchaus selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Partei nicht wieder in eine Koalition eintrete — ganz gleich, in welcher Form und unter welchem Titel immer.

Schweiz.

Die Rücklieferung des französischen Silbergeldes.

Die öffentlichen Kassen mußten die bei ihnen eingelieferten französischen Silbermünzen bis zum 16. Oktober an die Eidgenössischen Staatskassen überführen. Wie gemeldet wird, sind bei der Eidgenössischen Staatskassen im ganzen für 43 1/2 Millionen Silbermünzen eingegangen. Davon wurden bis jetzt 28 Millionen an Frankreich abgeliefert.

Frankreich.

Forderungen der Bergarbeiter.

Wie die „Liberte“ mittelt, verlangen die Bergarbeiter im Becken von Loire eine Lohnerhöhung von vier bis fünf Franken pro Tag. Die Frage soll auf der nationalen Bergarbeiterkonferenz, die am 22. Oktober in Paris zusammentritt, entschieden werden.

Defizit der französischen Eisenbahn.

Wie der „Matin“ feststellt, ist damit zu rechnen, daß die französische Eisenbahn Ende dieses Jahres mit einem Fehlbetrag von zwei Milliarden abschließen werde. Man kündigt deshalb an, die Regierung denke daran, eine neue Erhöhung der Eisenbahn- und Frachttarife zu verlangen.

Der Mörder von Jaures.

wurde wegen verbotenen Geldhandels zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Nach der „Humanite“ handelt es sich um ein Geschäft von nicht weniger als 635 Franken. Für 635 Franken gibt es 8 Tage, für Jaures Leben keinen Tag — ein eigenartiges Rechenexempel!

Griechenland.

Die Griechen räumen Kleinasien.

Die griechische Regierung hat angesichts der unruhigen Lage in Griechenland die Zurückziehung der griechischen Hauptstreitkräfte in Kleinasien angeordnet.

England.

Die Opfer der englischen Politik in Irland.

Im englischen Unterhause sagte Hamar Greenwood in Erwiderung einer Anfrage: Seit dem 1. Januar seien 100 Polizisten und 18 Militärpersonen in Irland getötet und 160 Polizisten und 60 Militärpersonen in Irland verwundet worden; er könne nicht mitteilen, welche Schritte die Regierung gegen diesen Mordfeldzug zu unternehmen gedenke. Er könne lediglich die Versicherung geben, daß die Regierung zum Schutze der Staatsdiener die zur Verfügung stehenden Mittel ständig verbessere.

Amerika.

Die vorsichtigen Bankiers.

Der Vizepräsident Kent von der Bankers Association, die eine Versammlung in Washington abgehalten hat, gibt als das Ergebnis dieser Sitzung folgende Punkte an: Es wird beabsichtigt, Europa einen Kredit von 100 Millionen Dollars zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaft sprach sich für eine Ablehnung aller Anleihegesuche an die Völker aus, die den Kapitalismus bekämpfen oder wo eine Gefahr besteht, daß die Arbeiter sich der Zubehöranlagen bemächtigen. Sie verwirft die Konfiskationen. Die Association verlangt, daß Rußland seine Schulden an Frankreich zahlt und mit dem Bolschewismus aufräumt, daß die für Deutschland für den Aufbau zerstörter Gebiete zu zahlende Entschädigung festgelegt wird und daß Deutschland mehr als bisher seine Lehren aus der Entwicklung der Dinge in Rußland zieht. Kent erklärte, wenn Deutschland dem nachkomme, könne es mit Aussicht auf Erfolg auf Hilfe rechnen, die es braucht. — Bei genauer Durchführung ihrer Grundzüge werden diese Spekulanten ihr Geld sicher in der Tasche behalten.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 21. Oktober.

Achtung Betriebsräte! Der Gruppenrat der Industriegruppe 9 wird gebeten, morgen, Freitag, den 22., abends 6 Uhr, im Sekretariat zu erscheinen.

Betriebsräte. Der Vollzugsrat hält Freitag abend 6 Uhr im Bureau des Arbeiterssekretariats eine Sitzung ab.

Die Versammlung der Bürgerchaft am Montag, dem 25. Oktober 1920 hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Beihilfe an die Altkrieger. 2. Anbringung von Fensterbänken an Marktplatz. 3. Verbreiterung des Kanalhafens. 4. Verhinderung der Steubung am Wege Moising-Niendorf. 5. Verkauf eines Grundstückes in Moorgarten. 6. Landverkauf in Klein-Berentz. 7. Weitere Vergütung für Überstunden an Lehrern. 8. Beihilfe für die Privatanlagen am Falkenplatz. 9. Nachbewilligung für die Behörde für Travemünde für das Rechnungsjahr 1919. 10. Festlegung einer Gebühr für die Erlaubnis zum Viehhandel und zum Kleinhandel mit Fleischfleisch. 11. Verbesserung der Verbindung zwischen dem Kinderhospital und dem Allgemeinen Krankenhaus. 12. Ausstattung zweier Arztwohnungen im Allgemeinen Krankenhaus. 13. Verstärkung der Mittel für das Allgemeine Krankenhaus. 14. Verstärkung der Mittel für die Heilanstalt Strohth. 15. Gebühren für die tierärztliche Untersuchung von Vieh. 16. Uebernahme der Rechtsauskunftstelle auf den Staat. 17. Beihilfe an den Verein zur Fürsorge für Geisteschwache.

Die Arbeitslosen-Demonstration am Mittwoch, worüber wir bereits kurz berichteten, nahm einen ruhigen Verlauf. Leiter der Bewegung war hauptsächlich der jugendliche Kommunist Brodmeüller. Die Verhandlungen der Deputation mit dem Polizeiherrn erfolgten auf Wunsch des letzteren und hatten die Zerstörung der Ansammlung auf dem Marktplatz zum Ziel. Die Besprechung hatte den Erfolg, daß in kurzer Zeit der Marktplatz geräumt war. Die Deputation verhandelte dann mit Senator Brodme über die Forderungen der Erwerbslosen. Verlangt wurde eine wesentliche Verbesserung der in der letzten Bürgerchaftssitzung beschlossenen Beihilfen, die auch für Ledige gefordert werden. Ferner wurde erneut die Forderung auf Anerkennung des Erwerbslosenrates erhoben, dessen Mitglieder besoldet und berufsmäßig ihr Amt ausüben sollen. Den Erwerbslosen wurde die Prüfung ihrer Forderungen durch den Senat zugesagt.

Neuregelung des Paketverkehrs nach Amerika. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika ist außer dem bereits bestehenden Postfrachtdienstverkehr bis fünf Kilogramm ein neuer Postfrachtdienstverkehr bis 20 Kilogramm eingerichtet worden. Es können demnach von jetzt an Postfrachtpakete mit und ohne Wertangabe bis 20 Kilogramm und solche mit Nachnahme bis 3200 Mark nach den Vereinigten Staaten zur Beförderung über Hamburg oder Bremen durch Vermittlung von Speditoren angenommen werden.

Umbau von kleinen Kreuzern. Im hiesigen Hafen traf der kleine Kreuzer „Kollod“ ein, um auf der hiesigen Werft zum Handelschiff umgebaut zu werden. Auch der kleine Kreuzer „Weesbaden“, der ebenfalls zum Handelschiff umgebaut werden soll, wird hier erwartet.

Unfälle. Beim Löschen eines Erdbeampfers im hiesigen Hafen wurde einem Arbeiter durch herunterfallende Grätkiste ein Finger abgeschlagen und der Arm stark verletzt. Einem anderen Arbeiter fiel ein Stück Erz auf den Kopf, wodurch derselbe einen Schädelbruch erlitt.

Der lose Kakaoverkauf strafbar. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verkauf von losem Kakao verboten und strafbar ist. Um Uebervorteilungen des Publikums zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß Kakao nur in geschlossenen Packungen verkauft werden darf, weil beim Verkauf losen Kakaos die Gefahr besteht, daß die Ware dem geforderten Preise nicht entspricht.

Stadttheater. Donnerstag wird „Liedland“ wiederholt. Freitag findet die erste Wiederholung von „Lobetanz“ statt. Am

Sonnabend in Erkaufführung von Karl Schönherr's „Kindertragödie“.

Hansatheater. Heute erste Wiederholung der Operette „Die Cardasfürstin“. — Morgen: Premiere des neuesten Subermann-Schauspiels „Die Kalschoffs“.

Angrenzende Gebiete.

Stodtelndorf. Der Bildungsausschuß der Jungsozialisten hält am Freitag abend 8 Uhr in Diebriehs Gesellschaftshaus eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Gogowski referieren wird.

Stodtelndorf. Die Mieter von Stodtelndorf werden erlucht, am Freitag abend 7 Uhr im Lokale von Diebrieh in Ruckenburg zu erscheinen zwecks Aussprache zur Gründung eines Mieterkassenvereins.

Hamburg. Teuerungsausgleich zur Friedensmiete. Die Höhe des gemäß der Richtlinien vom 3. März 1920 zu zahlenden beweglichen Teuerungsausgleiches ist für die Zeit vom 1. Januar 1921 bis zum 31. März 1921 wie bisher nach einem Satze von jährlich 10 Proz. der Friedensmiete zu berechnen. Der Teuerungsausgleich beträgt demnach für die genannte Zeit 2 1/2 Proz. der Friedensmiete. — In Hamburg 10, in Lübeck 75 Prozent, das besagt genug.

Hamburg. Sechs Millionen Mark für neue Erdgasbohrungen angefordert. Der Senat teilt der Bürgerchaft in einer Vorlage mit, daß die ältere der beiden Erdgasquellen in Neuenamme von ihrer Verlandung abgetrennt ist und nun abwechselnd mit der neuen benutzt wird, die aber auch schon Spuren von Verlandung, wie auch ein langsames Abnehmen zeigt. Es sollen daher weitere Bohrungen — zunächst fünf — vorgenommen werden. Vor allem aber komme in Betracht, daß das voraussichtliche Verlegen der fehlenden Quelle einerseits und der voraussichtliche noch langlebige Fortbestand der Kohlennot andererseits dem Staate die unabwiesbare Pflicht auferlegen, nichts unversucht zu lassen, was der hamburgischen Bevölkerung eine Erleichterung ihrer Lage bringen könne. Aus der Erschließung weiterer Bodenschätze, für die auch ein vermehrter Salzhork in Betracht komme, könnten dem Staate auch erhebliche finanzielle Vorteile erwachsen.

Altona. Der Schülerstreik in Ottensen, der wegen Räumung einer Schule ausbrach, ist noch nicht beendet. Mittwoch sollten die Kinder wieder zum Unterricht erscheinen, werden aber aufs neue von den Elternräten zurückgehalten.

Kiel. Eine Schnellzugleistung hat am Dienstag die Kieler Stadtvertretung. Sie gebrauchte zur Erledigung einer Tagesordnung mit 18 Punkten nur 14 Minuten und dabei kamen nach 7 Redner zu Wort. Vorher hatten die Stadtverordneten eine Sitzung abgehalten, die nur 2 1/2 Minuten in Anspruch nahm.

Kiel. In arge Bedrängnissen befindet sich gegenwärtig die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Kiel und vor allem deren Organ, die „Republik“. Der erst vor kurzem nach Kiel berufene Parteisekretär Dr. Schwarz, vor dem die Mehrheitsfraktion schon seit einiger Zeit wartet, hat schon vor dem Spaltungsbefehl in Halle auf die Spaltung der Partei in Kiel hingearbeitet und angebahnt, wie die „Republik“ mittelt, 15 Mann bestimmt gehabt, die in der letzten Nacht die Kasse des Blattes rauben und in seine Wohnung bringen sollten. Unabhängig hiervon hat dann aber der Buchhalter der „Republik“, R., darüber wir bereits berichteten, sich die Kasse angeeignet.

Harburg. Ein Zug der Harburger Eisenbahner auf's Parb. Am letzten Sonntag hatten sich etwa 400 Harburger Eisenbahner, Beamte und Arbeiter, aufgemacht, um für Pflanzung billiger Kartoffeln zu wirken. Die Schar fuhr nach Buchholz und marschierte nach Meissen. In Meissen, Dreßtedt, Wenzendorf, Kellenkorf, Höltenstedt erklärten sich Großbauern unterschiedlich zur Lieferung von etwa 2000 Zentnern für je 20 Mk. bereit. Ueberall verhandelte die erwählte Kommission; draußen lagerten sich die Hunderte, wieder singend.

Wismar. Am Eimer ertrunken. Der etwa ein Jahrzehnte Sohn des Arbeiters B. kam einem halb mit Wasser gefüllten Eimer zu nahe, stürzte hinein und ertrank.

Kroßd. Schiebungen im nördlichen Gemäldehandel. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde der Angestellte Böhm verhaftet, der im nördlichen Gemäldehandel eine leitende Stellung bei der Verwaltung in Damerow inne hatte. Er hat Unregelmäßigkeiten begangen. In der Bevölkerung geht das Gerücht, die Stadt sei durch den Verhafteten um 750 000 Mark geschädigt worden.

Waren. Gegen die Beignadigung le Forts. Der Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer Baron le Fort auf Boel, der stadtbüchlich verfolgt wird und dessen Besitztum Boel mit Arrest belegt wurde, weil er die Stadt Waren beim Kapp-Putz mit Kanonen bombardierte, soll ansehend begnadigt werden. Die Stadtverordnetenversammlung in Waren hat den Beschluß gefaßt, beim Reichsgericht gegen die eventuelle Beignadigung le Forts zu protestieren und dieses zu ersuchen, dem Anwalt der bei dem Bombardement Ungelommenen und Geschädigten die Strafakten auszuliefern.

Bremen. Streik und Betriebseinstellung in Bremen. Infolge eines Teilstreiks bei den Bremer Elektrizitätswerken ist Mittwoch morgen der gesamte Werkbetrieb der A.-G. Weser wegen Strommangels gelähmt worden. Auch die Sanitäts-Werke sind betroffen, die ebenfalls einen Teil ihres Betriebes stilllegen mußten. Es besteht die Gefahr, daß auch die Bremer Straßenbahn zum Stilliegen kommt. Es handelt sich bei dem Streik der Staatsarbeiter um Lohnforderungen, die bisher nicht erfüllt wurden. Mit den Staatsarbeitern hat sich der Verband bremischer Beamtenvereine solidarisch erklärt und angebroht, daß für den Fall des Einschreitens der technischen Nothilfe auch die Beamtenschaft ihren Dienst niederlegen wird.

Odenburg. Ein Notschrei. Die größte Empörung herrscht in allen Kreisen gegen die Austragung unserer Viehwirtschaft. Von allen Seiten, auch aus Ostfriesland, laufen Klagen ein, daß die Händler das ganze Land überschwemmen, unvernünftig bieten und trotzdem noch Millionen verdienen sie entstehen, ebenso die Vermittler. Die Elfenbahnstationen sind überfüllt mit Viehtransporten. Und nicht etwa Kriegsware, nein, es werden die fettesten Tiere in Friedensqualität in Massen verköpft. — Kann man dagegen nicht einschreiten? Sind wir wirklich dieser Volksauspflünderung rettungslos ausgeliefert?

Odenburg. Todesurteil. Vor dem Schwurgericht in Odenburg hatte sich wegen Doppelmordes der Schlächter Rupp zu verantworten. Der Angeklagte betrieb im Sommer 1919 im Odenburger Geheimkeller und Schiebergeschäfte, wurde hierbei abgefahret und zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Januar war R. nun abermals auf der Suche nach Vieh und Fleisch und kam am Abend des 14. Januar in das Gehöft des Landwirts Ranssen in Südbredersmoor, um Nachfrage nach Schinken zu halten. Bei dieser Gelegenheit ermordete Rupp sowohl Ranssen als auch dessen Ehefrau und beraubte dann die Toten um mehrere Tausend Mark. Der Angeklagte wurde zu zweimal zum Tode verurteilt.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Lobetanz“, Märchenoper von Ludwig Thuille. Dichtung von Otto Julius Bierbaum. Vielfach entspricht der Erfolg eines Werkes nicht seinem inneren Werte, und leider bleibt nicht immer das Beste der Nachwelt unverloren. So ist dies auch „Lobetanz“ bisher in der Gunst des Publikums stehen, als es tatsächlich der Fall ist. Wie anderorts, so wird wahrscheinlich auch in Lübeck, wo die reizende Märchenoper am

Mittwoch erstmalig zur Aufführung gelangte, ihr nur eine kurze Lebensdauer beschieden sein. Schade drum, denn Dichtung und Musik sind reich an poetischer Schönheit. Die Handlung spielt zur Malenzeit im Märchenlande. Eine liebevolle Prinzessin leidet an Melancholie, welche die Dichter des Landes durch ihre Kunst bannen sollen. Die Dichter verstehen jedoch nicht die richtigen Töne anzuschlagen, die ein Mädchenherz zu rühren vermögen. Da kommt ein fischer fahrender Spielmann des Weges und seiner Geige Gesang verschmeißt die düsteren Wolken von der Stirne der hohen Königs Tochter, erlangt ihm ihre Liebe. Doch Prinzessin und Spielmann erscheinen den Hossenten als ein zu ungleiches Paar, weshalb Lobetanz, so heißt der junge Geiger, die Gegend verlassen soll. Im Walde finden sich beide jedoch wieder, und als sie sich zärtlich umarmen, da paden die Bewaffneten den Reden und werfen ihn in den Kerker. Die Prinzessin sinkt in einen todesähnlichen Schlaf. Man glaubt sie durch den Spielmann verzauert, der deshalb am Galgen sterben soll. Sein Tod wird der Prinzessin das Leben wiedergeben, so sagen die Weisen des Königreichs. Lobetanz nennt diese Weisen deshalb dumm und weckt mit den Tönen seiner Geige die liebevolle Schlafersin zu neuem Dasein. Nun gibt der König sie ihm zur Frau.

Ein echtes und rechtes Märchen muß Musik, muß Stimmung in sich tragen, muß schon von selber klingen. Das alles ist bei „Lobetanz“ gewiß der Fall. Aber diese eigene Musik des Märchens zu verstärken, ihr noch mehr Melodie und Harmonie zu verleihen, ist dankbare Aufgabe eines Musikers, der selbst poetisch zu empfinden vermag. Ludwig Thuille hat zu dem Märchen eine Musik geschrieben, die reich ist an melodischen Schönheiten und prächtvollen Klangwirkungen, namentlich im zweiten Aufzuge. Auch die erst turbulent dann ins Unheimliche übergehende Kerkerzene des dritten Aktes ist besonders gut gelungen. Sehr reizvoll sind die Geigenstimmen, die Mittwoch vom Konzertmeister Müller mit guter Technik hübsch zum Vortrag gebracht wurden. Thuilles Schöpfung ist so glücklich erfunden und so warm empfunden, daß man sie im Interesse der Kunst und auch des Publikums vor schneller Vergessenheit gern bewahrt leben möchte. Thuille selbst, der 46jährig im Jahre 1907 in München starb, ist bereits beinahe vergessen; seine Opern und seine Konzertsätze werden nur noch sehr selten gehört. Als Lehrer an der ehemaligen Münchener Kgl. Musikschule hat er erfolgreich gewirkt. Auch der frühere Dirigent des hiesigen Orchesters, der jetzige Kölner Generalmusikdirektor Wendroth war einer seiner Schüler.

Für die hiesige Aufführung waren alle ersten Kräfte eingesetzt worden. Herr Direktor v. Bongardt hatte die Inszenierung mit Geschmack besorgt. Die Bühnenbilder waren hübsch angeordnet und gaben dem Märchen den erforderlichen Rahmen. Die musikalische Leitung hatte Herr Kapellmeister Manntaedt, der sich mit feinem Empfinden, sichtlich Liebe und dem nötigen gedämpften Temperament für das Werk einsetzte, bestens unterstützt vom Orchester. Man spürte Märchenzauber. Eine goldhaarige Märchenprinzessin von zartem Liebreiz und gewinnender Anmut, gefänglich heftig und innig, war Fräul. Gander. Frisch und lebenswüthig in Gesang und Darstellung, auch treffend im Dialog, verkörperte Herr Pary den Lobetanz. Weiter enthält der Theaterzettel noch die Namen fast aller Solisten, die sich ihrer kleineren Aufgaben ernster oder heiterer Art durchweg mit gutem Willen entledigten. In der Kerkerzene trat Herr Liszewski sehr wirkungsvoll hervor. Schließlich sei noch der Chor für seine Bemühungen anerkennend erwähnt. Das Publikum nahm das prächtige Werk freundlich auf und rief am Schluß mit Fräul. Gander und Herrn Pary Kapellmeister Manntaedt wiederholt vor die Rampe. X

Neueste Nachrichten.

Generalkonferenz der Kommunisten und Betriebsräte.

II. Berlin, 21. Oktober. Die „Freiheit“ berichtet von einer Versammlung der Unabhängigen und Kommunisten mit den Gewerkschaften, in der die Arbeitslosenfrage behandelt wurde. Als die Vertreter der Berliner Gewerkschaften dem Wunsch nach konkreter Forderungen Ausdruck gaben und erklärten, daß für die Arbeitslosen die Lieferung von Lebensmitteln und Kleidung verlangt, aber selbst ein zehntägiger Demonstrationstreik abgelehnt werden müsse, wurden die Vertreter der Gewerkschaftskommission und die Unabhängigen aufgefordert, sich aus dem Saale zu entfernen, was denn auch geschah. Die „Freiheit“ knüpft daran die Mahnung an die Arbeiterchaft, sich nicht zu unüberlegten Schritten hinreichend zu lassen und weist darauf hin, daß unverantwortliche Elemente für einen Generalkonferenz agitieren, der am kommenden Montag zu beginnen hätte.

Legitware zum Einkaufspreis.

II. Halle, 21. Oktober. Der Sächsisch-Thüringische Arbeiterverband hat an die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine für 18 Millionen Mark Legitware zum Herstellungspreis abgegeben, um die Läger zu räumen und Arbeit für die Arbeitslosen zu schaffen. Der sächsische Staat hat der Großeinkaufsgesellschaft Kredit zugesichert.

„Deutscher Gau Ost-Tirol.“

II. Wien, 21. Oktober. Die in Linz tagende Versammlung aller Berufsstände Ost-Tirols hat die Unabhängigkeit Ost-Tirols und den Anschluß an Deutschland unter dem Namen „Deutscher Gau Ost-Tirol“ beschlossen.

Der Griechenkönig gestorben.

II. Basel, 21. Oktober. Nach einem Pariser Telegramm der „Nationalzeitung“ erhielt die Radiotelegraphstation des im Hafen von Brindisi vor Anker liegenden griechischen Dampfers „Artemis“ am Dienstag abend von Athen ein drahtloses Telegramm, das den Tod des Königs der Hellenen, Alexander, meldet. Die Regierung wartete jedoch mit der Bekanntgabe der Todesnachricht bis Prinz Paul sich entschlossen hatte die Thronfolge zu übernehmen.

Um die Aufnahme in den Völkerbund.

III. Zürich, 21. Oktober. Auf der internationalen Konferenz der Völkerbundvereine in Mailand hat auch der Vertreter der Schweiz, Professor Decier-Lausanne, dem abgelehnten italienischen Vorschlag einer sofortigen Aufnahme der früher feindlichen Staaten in den Völkerbund zugestimmt.

Einigung über die Besetzung der Landgüter in Sizilien.

II. Rom, 21. Oktober. Zwischen den Grundbesitzern und den Landwirten der Provinz Caltanissetta auf Sizilien wurde ein Abkommen geschlossen, wonach die weitere Besetzung der Landgüter aufhört.

Der englische Bergarbeiterstreik.

II. London, 21. Oktober. Die Exekutive der Bergarbeiterorganisationen von Südwales sagte in einer Konferenz in Cardiff den Beschluß, daß, wenn nicht der Streik am 30. Oktober beendet sei, die Bergarbeiterverbände von Großbritannien erlucht werden sollen, eine nationale Konferenz einzuberufen zum Zwecke der Erwägung, ob nicht alle Maschinen- und Pumpenbedienungen sowie die Geiger aus den Gruben zurückgezogen seien. Sollten die Bergarbeiter diese Drohung wahrnehmen, so müßte das zu einer großen Katastrophe im englischen Bergbau führen.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: August Schulz. Verleger: Peter Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Billiger Oktober-Verkauf

Hier sprechen Tatsachen für Worte!

Lampen

Petroleum-Küchenlampen 10. inig 13.75 8ltig	11.75
Petroleum-Tischlampen mit gutem Brenner	42.50 36.00
Karbidlampen mit guter Verschraubung	39.75 29.50
Gas-Pendel komplett mit Brenner, Strumpf, Zylinder	39.75 36.00
Gas-Ampeln komplett mit Glaschänge	110.00 95.00
Gas-Zuglampen komplett	150.00 125.00
Elektrische Pendel mit Messing- rohr und Glasschirm	34.50 29.75
Elektrische Ampeln mit Glasbehäng	120.00 98.00
Elektrische Hängelampen mit Seidenschirm, ca. 50 cm Durchm.	125.00
Elektrische Stehlampen verschied. Ausführungen	125.00 95.00
Batterien für Taschenlampen	3.25
Kronen und Salonlampen besonders preiswert.	

Haushalts-Waren

Scheuerbürsten	90. 45. 35.
Handleger Borsten	9.25 7.50
Stubenbesen Borsten	19.75 17.50
Bohrerbesen Ia. Borsten	58.00 29.50
Zylinderputzer	1.50 1.10
Wäscheklammern	60 Stück 3.75
Stuhlsitze Hartholz	4.25 3.85
Obstdarren	5.25 4.75
Tortenformen	4.75 3.75
Suppensiebe	5.75 5.25
Leibwärmer	5.50 3.95

Korbessel
verschiedene Ausführung
95.- 130.- 150.-

Ein Waggon Emaile und Zinkwaren

in extra schwerer Qualität.

Emaile-Kumpen	3.25 2.25
Emaile-Schalen	3.50 2.50
Emaile-Teekannen	8.75 6.75
Em.-Stiel-Kasserollen	11.25 8.75
Em.-Kaffeekannen	19.75 12.75
Emaile-Kochtöpfe mit Deckel 29.50 24.50 19.75 16.50	
Emaile-Wannen ^{88-88 cm} 29.75	28.50
Emaile-Wannen oval 46.50	39.75
Wannen verzinkt, oval	31.50 25.75
Waschtöpfe ^{verzinkt, mit} Sieb u. Deckel 76.-	67.-

Eimer

verzinkt, 28 cm	Emaile, 28 cm
19.75	29.75

Glas, Porzellan

Steingut

Glasschalen	2.95 1.75 95. 95.
Glasteller	2.25 1.95
Marmeladendosen	4.25 3.75
Zuckerschalen mit Fuß	4.25 2.75
Weingläser	9.75 8.75 5.75
Groggläser	10.75 6.75
Likörgläser	3.75 3.25
Bindehären	95. 65. 25. 15. 95.
Pat.-Einkochgläser	3.30 2.10 2.10

**Porzellan-Tee- und
-Kaffee-Tassen** Paar **2.95**

Kaffee-Becher	1.25 1.10 95. 95.
Kaffee-Kumpen	1.10 95. 95.
Satzschalen 6 Stück 5 Stück 4 Stück 12.50 8.75 4.25	
Kartoffelschalen	5.50 3.75 2.85
Braten-Platten versch. Größen durchweg	4.50
Waschschalen	15.50 9.75
Wasserkannen	11.50 9.75
Wasch-Service	45.00 39.75
Kaffee-Service	95.00 85.00 75.00
Kaffee- und Teeservice ^{thr 2 Pers} 45.50	28.50
Tafel-Service für 6 Pers.	165.00 145.00
Brotkörbe u. Kuchenteller	12.50
Kuchenteller dekoriert	5.75 3.75
Tonnen-Garnituren	145.00 110.00
Essig- und Oelflaschen dekoriert	1.25
Salz- und Mehlmetzen	6.75 5.75
Vorrats-Tonnen mit Deckel	3.75

Holstenhaus Lübeck

**Rohr- und
Peddigrohr-Sessel**
250.- 275.- 325.-

Waggon Rotkohl
Freitag Holstenbrücke.
Zentner 34.- Mt. 8411

Sie staunen

über meine billigen Waren,
aber sehr oft zu spät!

Darum überzeugen Sie sich bitte vorher bei
mir beim Kauf von
**Schuhwaren, Herren-, Knaben- und
Damen-Garderoben, sowie sämtlicher
Baumwollwaren und Kleiderstoffe.**

Sie finden eine riesen-Auswahl zu so vorteil-
haften Preisen, daß es lohnend ist, schon jetzt
den Bedarf für lange Zeit zu decken!

Johannes Holtz
Markt 6 Lübeck Holstenstr. 6

**Strawemünde Zentral-
Bazar.**
Billigster Vert. v. Pudding-
pulver, Eispulver, Van. u.
Saucenpulver, Schokolade,
Marzipan u. Konfituren usw.
Ferner off. billige Zigarren,
Zigaretten u. Tabak. (837)
Ren. aufgen. Schularbeitel.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (8368)

Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10
Hgl. d. R.-Sperr. Lübeck

Zur Mühle

Beckergrube 6L (840)	
Gerstengröße	2 4.80
Gerstengroben	2 4.30
Gerstengroben	2 3.30
Zago, weiß	2 4.50
Waisgrös	2 2.80
Weidenschl. grau	2 2.40

Eiserne Defen

bester sparsamster Konstruktion
für jedes Brennmaterial
zu billigen Preisen.

Heinr. Pagels,

Lübeck,
Breite-Str. 91/93, Hglstr. 6/14.

Kaufe alte Gebisse

am 8 Tage von Donnerstag, den 21. bis ein-
schl. Sonnabend, d. 23. Okt., von 10-6 Uhr
im Zentral-Hotel, Schäffelsbad 12, Annm. 18, 1. St.
Jahre pro Jahr bis 20 Mark.
Frau Removaeck.

Fußballspieler

taufen **Jerseys** in allen
Farben

Fußballstiefel

Bälle ■■ **Stutzen**

Stutzenringe

nur gut und preiswert.

Sporthaus Paul Gassmann

Mühlenstr. 34. (8370)

Verlangen Sie Sportkatalog! Gratis!

Wer zahlt
die höchsten Tages-
preise für Brillanten,
Platin, Gold u. Silber
auch Bruch, Brenn-
stoffe, alte Gebisse (a
gerd.)? Nur West-
silling, Goldien-
straße 32.
8368

Empfehle prima
junge Gänse,
ausgeschlachtet, als Reuten,
Brüste, Gänsefleisch und
Gänselein sowie junge
Gänse.
Rad. Jäde, Beckergr. 70.
Strawemünde Zentral-
Bazar.
Romane u. Klassiker, An-
kauf, Verkauf, Leih- und
Verteilung.
8378

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck.

Wir berufen hiermit den diesjährigen Parteitag für Sonntag, 7. November, nachmittags 2 Uhr, und Montag, 8. November, nach Warnemünde, „Hotel zur Börse“, ein.

- Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
Berichterstatler: Kröger und Brehmer.
 2. Bericht der Landtagsfraktion.
Berichterstatler: N. Petersson.
 3. Bericht über die Presse im Bezirk.
Berichterstatler: die Geschäftsführer.
 4. Die allgemeine politische Lage.
Berichterstatler: Joh. Stelling.
 5. Beratung der Anträge.
 6. Wahl des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Wir bitten, die Vorarbeiten zu erledigen und uns von der Wahl der Delegierten zwecks Zustellung der Mandate Mitteilung zu machen. Die Kosten der Delegation trägt jeder Ortsverein selbst. Ortsvereine bis zu 500 Mitglieder wählen 1 Delegierten, von 500 bis 1000 Mitglieder 2 Delegierte, für jede weiteren 500 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Anträge, die in die gedruckte Vorlage mit aufgenommen werden sollen, müssen spätestens am 30. Oktober in unseren Händen sein.

Wegen Wohnungsbeschaffung wollen sich die Delegierten an den Genossen Albert Dau, Warnemünde, Alexandrinstraße 114, wenden.

Rostock, 24. September 1920.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Wilh. Kröger.

Braun oder Hermes?

Die Zentrums- und Sozialdemokratischen Parteitage zu Kassel gegen den Minister Dr. Hermes so dargestellt, als ob „trotz der mühenhaften Agitation von Braun und Heilmann“ das Misstrauensvotum nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden wäre. Tatsächlich hatte sich der Antragsteller damit einverstanden erklärt, daß der Parteivorstand Hermann Müller die Erklärung abgibt, die Fraktion werde den Fall sofort auf das Genaueste untersuchen und dementsprechend tätig handeln. Aber ohne jede Agitation ging der Parteitag über diese Vereinbarung hinweg und beschloß die Annahme des Antrages. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hat inzwischen in der „Germania“ und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ festgestellt, daß er die Person und die Amtsführung des Herrn Dr. Hermes nicht mit einer Silbe erwähnt hat.

Trotzdem besteht ein bisher ungesprochenes Gegensatz zwischen dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes und dem preussischen Landwirtschaftsminister Otto Braun, und die Entscheidung darüber duldet nicht den geringsten Aufschub.

Es hat sich der letztere Fall ereignet, daß der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister einen Gesetzentwurf über verbilligte Düngemittellieferung an die Landwirtschaft ausgearbeitet hat und daß sein heftigster Widersacher, der Deutschnationale Pommersche Landbund, denselben Gedanken propagiert. Das sollte unsomehr zu denken geben, als es sich hier um die Lebensfrage des deutschen Volkes handelt. Das Organ des Pommerschen Landbundes gibt selbst zu, daß die Landwirtschaft immer mehr zur extensiven Wirtschaft übergehen, also immer weniger Brotgetreide erzeugen muß, weil die hohen Düngemittelpreise ein zu großes Risiko für die Landwirte wären; es müßte also eine Verbilligung des Düngers einsetzen, um wieder mehr Körnerbau und damit billigere Preise und Unabhängigkeit vom Getreideimport aus dem Ausland zu erzielen.

Genau da steht nun der Entwurf von Otto Braun ein, den er auf dem Parteitage vorgetragen hat. Er will die

Düngemittelfabriken sozialisieren und den Landwirten billigen Dünger gegen entsprechende Gegenleistungen in Getreide und Kartoffeln liefern.

Der Gedankengang ist von zwingender Einfachheit. Wird der Braunsche Weg eingeschlagen, so produzieren wir im Lande mehr und billiger, sparen dadurch viele Milliarden für Getreideimporte im Ausland und heben infolgedessen den Stand unserer Valuta. Man sollte daher meinen, daß hier auch der bürgerliche „Fachsinnler“ zeigen könnte, wie wieder aufgebaut werden muß und wie er das Schlagwort von der Erhöhung der heimischen Produktion in die Tat umsetzt. Weit gefehlt! Die Eingabe des Pommerschen Landbundes hat der Reichsernährungsminister Dr. Hermes dahin beantwortet, daß er eine Verbilligung der Düngemittel für unmöglich halte; er werde aber die Erntepreise 1921 so hoch setzen, daß die Gesteuerkosten der Landwirte wieder herabkommen! Also dreifache Getreidepreise! Die Folgen einer solchen Maßnahme kann sich jeder Laie selbst vorstellen — es wäre das Ende unserer Wirtschaft.

Das Lebensinteresse der breiten Masse der konsumierenden Bevölkerung darf nicht länger in dieser Weise vernachlässigt werden. Hier wird die sozialdemokratische Partei mit ihrer besseren Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten einzusetzen haben. Der Entwurf Otto Brauns muß trotz der Abgabe des Herrn Hermes an den Pommerschen Landbund Gesetz werden, sofort Gesetz werden, damit noch rechtzeitig für die Ernte 1921 ausgiebig gedüngt wird. Sonst muß die nächstjährige Ernte schlecht ausfallen, und das deutsche Volk gerät immer tiefer in den Hunger.

Die Politisierung der Masse.

Es wurde wiederholt auf das Demagogische in der Behauptung der Kommunisten hingewiesen, die Arbeitslosen seien als der revolutionäre Vortrupp anzusehen, sie bildeten den vorgehenden Teil der Arbeiterklasse. Durch diese Behauptungen, deren Hinfälligkeit von der Sozialdemokratie wiederholt nachgewiesen wurde, ist wieder einmal die Distinzione von der politischen Klasse der Massen aufs Tapet gebracht worden, und wenn das Ergebnis der Untersuchung dieser politischen Klasse nicht zugunsten der Kommunisten ausfällt, so ist das ihre eigene Schuld.

Von Bebel stammt das bekannte Wort, man müsse die Massen in die Tiefe, nicht in die Breite bilden. Das ist von unseren beiden Gegnern, von den bürgerlichen sowohl wie den linksradikalen, verkannt worden. Das politische Verständnis eines Menschen wächst nicht dadurch, daß man ihn bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit auf die Straße ruft und ihn zu Demonstrationen auffordert, deren Sinn und Bedeutung ihm fremd oder gleichgültig sind, sondern bevor er für eine Sache demonstriert, muß er deren Wesen und Eigenart bis in ihre tiefsten Tiefen erkannt haben. Das wurde und wird in Deutschland von der Bourgeoisie, den Kreisen des sogenannten „gebildeten Mittelstandes“ wie von den kommunistischen Revolutionshebern verkannt. Wer einmal Gelegenheit hatte, mit sogenannten Führern aus dem Mittelstande, mit Ärzten, Oberlehrern, Universitätsprofessoren usw. über politische Fragen zu sprechen, wird immer wieder Verwunderung gefunden haben, sich über das ungläublich geringe Maß des politischen Verstandes zu wundern. Auf der anderen Seite wissen auch viele von den Kommunistenjugendern, die so oft wie möglich die Betriebe verlassen und für irgendwelche Mostauditorate auf der Straße demonstrieren, nicht im mindesten, welcher Parole sie eigentlich folgen.

Die Sozialdemokratie hat hier in allen Schichten des Volkes eine große Arbeit zu leisten. Es ist von einsichtigen Anhängern unserer Partei wiederholt zugegeben worden, daß hinsichtlich der Erziehung zur politischen Reife des einzelnen von der Sozialdemokratischen Partei in den Jahrzehnten vor der Revolution viel geleistet worden ist. Es ist hier nicht der Raum, die Gründe dieser Erscheinung nachzuweisen; kurz hingewiesen sei lediglich auf die Notwendigkeit einer scharfen, zerlegenden Kritik, auf die fast ausschließliche Einstellung auf die Negation, auf den ungeheuren scharfen Kampf um die Macht, der sich überall, im Parlament, im Betriebe, in der Werkstatt usw. mehr und mehr bemerkbar machte. Auch die ersten Jahre nach der Revolution machten es unmöglich, eine in die Tiefe gehende Bildungsarbeit zu beginnen. Wollen

wir jedoch die Politisierung der Masse herbeiführen, wie es auch unser Ziel ist — indes nicht im bürgerlichen oder kommunistisch verstandenen Sinne des Wortes, sondern als Durchdringung der Persönlichkeit mit Verständnis für alle Staat und Gesellschaft betreffenden Fragen, so muß Erziehungsarbeit am einzelnen geleistet werden. Auf die möglichst reifliche Erfüllung dieser Aufgabe wird sich die sozialdemokratische Kulturarbeit der kommenden Jahre am energischsten zu konzentrieren haben. Nur dann schaffen wir uns einen neuen Stamm und einen Nachwuchs, der die Gewähr gibt, in allen Stürmen der unpolitisch brandenden Masse von rechts und links die Stange zu halten und die Partei zum Endziel sicher und weglundig zu steuern.

Der Aufruf der Neukommunisten.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht den Aufruf der Neukommunisten unter der Signatur U. S. P., wie sie sie selber nennt. Der Aufruf betont, daß die Partei „in die kommunistische Kampffront“ eintritt. Sonst richtet er sich fast ausschließlich gegen die Rechten und deren Anspruch, die rechtmäßige Nachfolge der alten Partei zu sein. Es ist sehr interessant, daß die Neukommunisten, die doch sonst von Demokratie und Mehrheitswillen nichts wissen wollen, sich an vier Stellen des Aufrufes darauf berufen, daß sie in Halle die Mehrheit, die Rechten aber die Minderheit gewesen seien. Selbst die Grundsätze der „Demokratie in der Arbeiterbewegung“, die doch von Moskau leidenschaftlich bekämpft wird, müssen jetzt für die Linke zur Erweitung ihres angeblichen Rechtes herhalten. Besonders schön macht sich aber in diesem Zusammenhang folgende Stelle:

„Daselbe Verbrechen, das in der Zeit des Krieges von den Rechtssozialisten, von den Ebert und Genossen am Proletariat begangen wurde, wird heute von Hilferding, Dillmann und Crispian wiederholt.“

Nach unseren bescheidenen Erinnerungen waren die „Ebert und Genossen“ bei der ersten Parteispaltung nicht nur, wie die Neukommunisten, eine bestehende, sondern die übermächtigere Mehrheit in der alten Partei. Wenn es ein Verbrechen ist, als ausgesprochene Minderheit eine Partei zu spalten und zu zerschneiden, so lag das Verbrechen damals also nicht bei „Ebert und Genossen“, sondern bei der damaligen und auch heute noch bestehenden Mehrheit, zu der auch die jetzigen Neukommunisten zählen. Gerade indem diese fortgesetzt in ihrem Aufruf darauf herumreiten, daß sie in Halle die Mehrheit gewesen seien, der sich die Minderheit hätte fügen müssen, enthüllen sie ihr eigenes Verbrechen der Spaltung aus der Zeit des Krieges.

Der Aufruf empfiehlt auch den neukommunistischen Mitgliedern: „Laßt Euch nicht aus Erbitterung über die Provokation der Rechten zu Disziplinlosigkeiten und Unbesonnenheiten hinreißen.“ Wie das gemeint ist, zeigt folgende Notiz in der gleichen Nummer der „Roten Fahne“ über Vorgänge am Schiffbauerdamm:

„Die Freiheit“ bringt eine Meldung über einen Einbruch im Bureau des Zentralkomitees der U. S. P. am Schiffbauerdamm. Wie uns mitgeteilt wird, handelt es sich hier um keinen Einbruch, sondern um ganz etwas anderes. Der vom Parteitag in Halle nach dem Abzug der Hilferdingtäter rechtmäßig gewählte Parteivorstand wollte sein Bureau auflösen, fand aber, daß die Schlüssel bereits, wahrscheinlich auf Veranlassung von Crispian und der anderen geändert worden waren. Der Portier des Hauses alarmierte die Polizei. Jetzt wird das Haus am Schiffbauerdamm von der Sippe bewacht, damit Crispian und die anderen ihr „Selbstbestimmungsrecht“ ausüben können.“

Daß ein „rechtmäßiger“ Parteivorstand kein Bureau aufsucht, indem er zu nächstlicher Stunde eine Anzahl Individuen ein verschlossenes Gitter überlockern läßt, dürfte immerhin zu den Seitenstücken gehören. Lebensfalls wird durch diese Mitteilung der „Roten Fahne“ bestätigt, daß der verurteilte Einbruch mit Wissen und Billigung der neukommunistischen Zeitung statgefunden hat. Hilferding und Genossen werden aber wohl jetzt über Inanspruchnahme polizeilicher Schutzes zur Wahrung des Privateigentums gegen radikale Gewaltakte mit Bedenken, als vor dreiviertel Jahren!

Jesus von Holtshausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

24. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Als dann zum Abend Frau Schröder die Lampe anzündete, stand Lürmann schweigend auf und schloß von draußen die Fenstertüren. Der Lehrer aber hatte es doch bemerkt. Er ging ihm nach. Soll gerummelt werden, Lürmann?

Einige Burschen wollten es, ich habe es ihnen mit Mühe ausgedrückt. Aber man kann nie wissen, wie sich im Dunkel ein Stein verhält. Die Ruten (Fensterstacheln) sind teuer. — Auch taten die Weiber sich erschrecken!

Aber es blieb alles ruhig. Nur da gegen 10 Uhr noch einmal die Fährglode rief, schreien sie zusammen. Jeder hatte im Geheimen doch wohl die Blechmuffel besichtigt und glaubte bei dem ersten Schreien, bis daß sie da einsehe. Und eine lange Stille war zuweilen, bis der Lehrer ihnen mit ein paar lächelnden Worten die Befürchtung nahm.

Man hat mir noch Schonzeit gegeben, aber ich fürchte, einige tatenlustige Freischützen werden mir schon vor der Ablaufzeit ihr Urteil sprechen; denen bin ich schon lange reif!

Sie sollten sich nicht verzögern lassen, Herr Lehrer, sagte Lürmann, der Erkelenz hat noch in diesen Tagen gesagt, es wäre jammerlos, wenn Sie von uns weggingen. Man solle Sie gewähren lassen; der Most läte schon noch ein guter Wein werden, und wenn Sie schon der Jesus wären, da wollten wir nicht das „Kreuzige ihn!“ schreien. — Und der Erkelenz ist ein geschelter Kopf und weiß, was er will.

Gegen Mitternacht erst trennte man sich. Lürmann übernahm es, die Bäuerin nach ihrem Hofe zu begleiten.

Da der Lehrer mit seiner jungen Frau die Treppe zu dem Zimmerchen hinaufstieg, das die Mutter ihnen eingeräumt, ward ihr Gang schwer und zögernd. Sie stützte sich mühsam auf seine Schulter. — Und dann stand sie, und ein Schluchzen erschütterte ihren Körper, und sie weinte heftig.

Sei nicht böse, du Güter, hat sie, hehe, ich bin zermürbt und zerklüftet wechselweis vom Unglück und Glück; du mußt Geduld mit mir haben und mußt mir helfen, daß meine Tochter vergeht.

Wir müssen einander vertrauen, entgegnete er, wir wollen einander den guten Willen haben, uns suchen und finden zu lassen und uns dann einander fest an den Händen halten und einander nicht lassen. Gesegnet sei der Tag, der uns dies Bündnis schenkt.

Er lächelte sie voll schonender Barmherzigkeit und ging in sein altes stinkames Kämmerlein.

Da Frau Schröder am andern Morgen in aller Frühe die Haustür aufstieß, fand sie dieselbe mit Häckel beworfen.

Die Bantel weckte sie in sich hinein, da hat die Lumperei doch noch ihre Karre abgeben müssen!

Dann säuberte sie die Treppe sorgfältig, ging wieder ins Haus und bereitete den Morgenkaffee.

Der Lehrer hatte es verschmäht, sich einige Tage Urlaub zu erlassen, wie es wohl im allgemeinen üblich war. So mußte er schon kurz nach halb acht Uhr das Haus verlassen, um, wie die Vorschrift es forderte, eine Viertelstunde vor Schulbeginn zur Bewachung der Kinder auf dem Schulhofe zu sein.

Als der Lehrer zum Gang nach der Schule das Haus verlassen wollte, kam gerade der Postbote mit der Frühpost. Sie brachte ihm einen Brief der königlichen Regierung. Er erbrach ihn und las. Er enthielt das Urteil, das ihm angekündigt worden. Seine Hand, die das Schreiben hielt, zitterte nun doch ein wenig; er fühlte das Klopfen seines Herzens, da er das Schreiben hastig überflog.

Da ließ er die Hand sinken; einen Augenblick schaute er betreten vor sich, hob dann wie in Dummheit die Augen und sah auf die Wasser des Flusses, auf die Waldberge, die im hellen Morgenlichte standen, und des Himmels Rund, wo in ewigen Kreisen die Sonnen und Erden kiefen und die Wolken segelten.

Da hielt er sein Herz und hob den Kopf hoch, und er schritt wieder in das Haus zurück und legte den Bogen breit auf den Tisch.

Und sein Finger wies auf die Schlüssel. Und seine Eltern und seine junge Frau besaßen sich darüber und lalen:

„... und Sie sich dadurch gekümmert und absichtlich in offenen Gegensatz zu den übernommenen Pflichten und Lehren der christlichen Kirche gestellt haben, werden Sie zum Ende dieses Monats Ihres Amtes als Lehrer entsetzt!“

II. Teil.

Jahre sind vergangen. Sommer und Winter sind über das Tal gekommen mit Saat und Ernte, Frost und Hitze, Tag und Nacht. Die Welt ist dieselbe geblieben im Guten wie im Bösen. Die Wasser des Flusses rauschen in alter Kraft durch das Tal. Die Wiesen grünen und blühen, und die Wälder brausen, die Büsche stehen hoch und schauen in Gottes Himmel, und die Wolken gehen über sie hin.

Die Alten sind gestorben und die Jungen sind an ihre Stelle getreten und sind in das Gewand geschlüpft und unter das Joch getreten, das für sie bereitet war.

Und die Sommermonne scheint und die Winde wehen, und die Regen fallen wie vor tausend und aber tausend Jahren, und wessen Feder sie zugute kommen, der lobt den Herrgott ob seiner Güte.

und wessen Felder der Hagel traf, der zürnt ihn ob des Kluges und der Strafe. Leid und Lust kehren wie echem wechselweis in die Hütten ein; aber nicht alle Hände sind stark genug, die Not zu zwingen.

Dürfen wir den ehemaligen Lehrer zu diesen Herzstarken und Lebensmühtigen rechnen?!

Er hat inzwischen vierzig Jahre überschritten. Der Bescheld der Regierung hatte ihn damals stark getroffen. Er hatte kein Amt stets mit Freuden erfüllt; sein Beruf war ihm eine heilige Pflicht gewesen. Da aber setzte ihm die Regierung mit barschen und herrischen Worten, dagegen es kein Aufbäumen und kein Zorn gab, den Stuhl vor die Tür; weil die ihm anvertrauten Kindesseele unter seiner Leitung gefährdet seien, ja verderbt würden!

Wohl häumte er sich gegen den Schimpf, denn als solchen empfand er die Entlassung, auf; aber je strenger er darüber nachdachte, desto mehr kam er zu der Ueberzeugung, daß die Regierung von ihrem Standpunkte aus durchaus recht vorgegangen sei. Sie war mit der altmächtigen, orthodoxen Kirche ein Schutz- und Trutzbündnis eingegangen zur Wahrung des beiderseitigen Bestandes. Thron und Altar standen gewappnet beieinander. Und beide schlugen zu, wenn einem von ihnen Gefahr drohte.

Sie fühlen, daß sie morsch sind, da helfen sie einander! sagte später einmal ein Arbeiter zu ihm.

Aber wochenlang hatte er doch den Schmerz nicht verwinden können. Da stand die Not vor ihm, tageln, tagaus und schaute ihn anfliegend und trugig an. Und sein Gewissen und sein Herz haben mit ihr gerungen; aber doch waren seine Abende ohne Stille und angedachte Ruhe. Wohl sprach er sich von Schuld frei, er hatte getan, was er mußte. Er war sich treu geblieben, bis zur letzten bitteren Stunde. Ohne Klage hatte er von den Kindern Abschied genommen und war dann den kommenden Tag zur Zeit des Schulanfanges in die Berge gegangen und hatte dort in der Stille des Waldes den Aufruf erdicht, der wild in ihm aufzubegehren drohte.

Und dazu trat die Sorge für sein Weib und das kommende Kind. Er mußte suchen und werden um einen neuen Beruf. Aber so sehr er sich auch mühte, auf einem kaufmännischen Bureau unterzukommen, es wollte ihm nicht gelingen. Er bot sich für ein geringes an. Aber die Herren hatten die Auswahl zwischen gelehrten und sachmännlich auszubildeten jungen Leuten; wozu sollten sie da den Versuch mit einem kaffierten Lehrer machen!

Die Aussicht auf einen extra reichen Beruf laut tagtäglich mehr; und sein Herz ward weh und angstvoll, wenn er der kommenden Monate gedachte.

Fortsetzung folgt.

Gerichtssaal.

Der Millionenraub aus der Spandauer Zitadelle. Der schwere Einbruch in den Juliusturm in Spandau, der im November 1918 verübt wurde und bei dem die Täter die Riesensumme von 57 Millionen Mark in rumänischen Lei-Scheinen in die Hände fielen, fand ein gerichtliches Nachspiel vor der Strafkammer des Landgerichts III. Die Anklage richtete sich gegen den Händler Beschges, den Former Kühne, den Dreher Eisner, den Zigarrenhändler Wenta sowie gegen die Ehefrauen Beschges und Wenta. Bei der Vernehmung gibt Beschges zu, daß er seinen Kaufanteil von Kühne erhalten habe, während Kühne erzählt, daß er eine große Geldliste in Spandau gefunden habe, und diese dann gemeinsam in die Wohnung Eisners gebracht worden sei. Die weitere Vernehmung Beschges muß unterbrochen werden, da der Angeklagte einen hysterischen Anfall bekommt und dadurch eine heftige Verwirrung auf der Anklagebank entstand. Der Prozeß endete im wesentlichen mit einer Einstellung des Verfahrens gegen die Hauptbeschuldigten. Während der Staatsanwalt eine Verurteilung wegen schweren gemeinschaftlichen Diebstahls bzw. gewerkschaftlicher Hehlerei beantragte, kam das Gericht auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß nur einfacher Diebstahl und einfache Hehlerei vorliege. Demgemäß wurde auf Einstellung des Verfahrens erkannt, da die allgemeine Amnestie Platz greife. Der Angeklagte Urban wurde wegen Erpressung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die mitangeklagten Ehefrauen wurden freigesprochen.

Das Urteil im Mordprozeß Reizemuth. In dem Prozeß wegen der Ermordung des Lokomotivführers Reizemuth, der bei den letzten Unruhen in Berlin auf dem Bahnhof Gesundbrunnen von einem unbekannten Täter erschossen worden war, sprachen die Geschworenen den Angeklagten Schneider R o r n a s im Widerspruch mit dem nur auf Verurteilung wegen Totschlags hinzielenden Antrag des Staatsanwalts des Nordes, den Angeklagten R o h l o f f des Raubhändels und der Transportgefährdung mit Todesfolge für schuldig und den Angeklagten S c h i l l e nichtschuldig. Bezüglich des Rornak gab der Gerichtssaal nach kurzer Beratung der einstimmigen Meinung Ausdruck, daß sich die Geschworenen zu seinem Nachteil geirrt hätten und vermied bezüglich dieses Angeklagten die Sache zur erneuten Verhandlung an ein Schwurgericht der nächsten Sitzungsperiode. Der Angeklagte S c h i l l e wurde freigesprochen, der Angeklagte R o h l o f f zu 10 Jahren Zuchthaus, unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Lebenslängliche Zwangsarbeit. Das Kriegsgericht der französischen Rheinarmee verurteilte die beiden Soldaten Trombold und Soim, die laut Echo du Rhin während sechs Monate der Schrecken von Wiesbaden und Umgegend waren, zur Degradation und lebenslänglichen Zwangsarbeit. Sie hatten in der Dunkelheit Passanten mit vorgehaltenen Revolvern und Seitengewehren bedroht und ausgeraubt.

Reich und Ausland.

Eine Gattenmörderin verhaftet. In Traßeden bei Seydenburg ermordete die Besitzersfrau K u m b a r t z ihren Ehemann durch Artschläge auf den Kopf, als dieser in betrunkenem Zustand in der Küche lag. Sie schleppte dann gemeinsam mit ihrer zwölfjährigen Tochter die Leiche in den Stall und vergarb sie dort unter Totz. Am anderen Tage gab sie ein Inserat auf, in dem sie auf das Verschwinden ihres Mannes hinwies und um Nachricht über sein Verbleiben bat. Jetzt erfolgte eine Untersuchung, die schließlich die Feststellung des Tatbestandes ergab und zu der Verhaftung der Gattenmörderin führte.

Großfeuer im Berliner Filmbiertel. In der Handelsstraße 115en Hof in der Friedrichstraße brach abends Großfeuer aus. Im fünften Stockwerk befinden sich die Filmlammern. Hier waren große Lager von Filmkopien aufgestapelt. Es sind nach dem vorläufigen Befund 400 000 Meter fertige Filme und Kopien und große Mengen Broschüren und Plakate verbrannt. Der Schaden ist sehr bedeutend, aber noch nicht genau abzuschätzen.

Starke Schneefall ist im ganzen Riesengebirge bis zur Höhe von 1200 Meter herunter eingetreten.

Großfeuer in Horn bei Detmold. In Horn bei Detmold brach in den Lippischen Werkstätten A. G., Möbel- und Waggonsfabrik ein Großfeuer aus, das innerhalb weniger Stunden fast die gesamten Anlagen vernichtete. Den an der Brandstätte tätigen Wehren gelang es nur mit Mühe, das Uebergreifen des Feuers auf die umliegenden Häuserblöcke zu verhindern. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Als Ursache wird ein Maschinendefekt angelehen.

Grauenhafter Selbstmord eines Irren. Aus Kassel wird gemeldet: Einen grauenhaften Selbstmord beging der 44 Jahre alte Landwirt Johann Kranz in Wolfhagen, indem er sein Haus anzündete und in den Flammen umkam. Das Haus brannte bis auf die Grundmauern ab. Unter den Trümmern fand man die verkohlte Leiche des Besthers. Kranz beging die Tat in einem Anfall geistiger Umnachtung, nachdem er mit seinen Angehörigen in Zwistigkeiten geraten war.

Mausmord in Gotha. Ein Raubmord wurde hier Sonntag nachmittag an dem Kaufmann Heinrich Rohde verübt. Man fand diesen im Bureau des Geschäftes, in dem er seit dem 1. Oktober angestellt war, als Leiche. Der Kopf war durch Schläge zertrümmert und wies außerdem zahlreiche Messerstiche auf. In der Geschäftskasse fehlen annähernd 1000 Mark.

Eine neue Talsperre. Bei Steinach in Thüringen wird eine neue große Talsperre, die Görtzsperrre errichtet, die den dortigen Eisenbergbau mit Elektrizität versorgen soll. Die Bauzeit dauert zwei Jahre, die Kosten betragen 14,5 Millionen Mark.

Die arme Landwirtschast. Wo das Geld in Haufen liegt, davon gibt folgender Vorfall Zeugnis. Wie der „Seebote“ mitteilt, verlangte ein Landwirt in der Nähe von Ueberlingen am Bodensee, der für ungefähr 20000 Mark Obst verkauft hatte, beim Bezahlen Tausendmarktscheine, da er 50 und 100 Marknoten schon an die 12 Pfund zu Hause habe. Da die Freunde des Landwirts diesen Angaben keinen Glauben schenkten, schritt man zur Feststellung und der Landwirt moq vor den Zeugen sein aufgeschichtetes Papiergeld ab und siehe, es waren sogar 16 Pfund. Hoffentlich sorgt die Steuerbehörde dafür, daß der Staat auch ein paar „Pfund“ aus diesem Hamsterlager erhält.

Ein gefährlicher Doppelmord ist in dem Pfarrdorfe Bonnetten bei Zugsburg verübt worden. In Abwesenheit des Besitzers und seiner Frau wurden die 60 Jahre alte Mutter des Landwirts Gruber und der acht Jahre alte Sohn des Landwirts ermordet, indem ihnen die Kehlen durchschnitten wurden. Als Mörder kommen Schleichhändler in Betracht. Es wurden über 50 000 Mk. bares Geld geraubt. Bisher hat man von den Tätern keine Spur.

Der Nordpolfahrer im Eis. Aus Neugork wird gemeldet: Nach dem Bericht eines Schiffskapitäns, der in Seattle angekommen ist, sieht das Expeditionsschiff Amundsens in dem Eis bei Kap Serres fest. Es ist wahrscheinlich, daß es während eines Jahres dort verbleiben muß. Amundsen hat nur drei Mann und eine Eskimofrau an Bord.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Theateraufführungen des Arbeiterbildungsvereins. Das Eingekandt mit dem Vorwurf, wir hätten die „Landhäuser“-Vorstellung nicht bekannt gemacht, verdient eigentlich keine Erwiderung. Die Interessen hätten nur die Zeitungen lesen sollen und zwar unter „Stadttheater Lübeck“. Dort werden alle Vorstellungen, auch die untrigen, mehrere Male mitgeteilt. Selber haben wir noch nicht soviel Freunde und gute Bekannte, um alle Karten im Verein abzusehen, sondern geben über 800 Karten an andere Theaterfreunde ab. Wollen die Interessenten ganz sicher gehen, so mögen sie Mitglieder des Vereins werden. Jedes neue Mitglied ist herzlich willkommen!
Ernst Schermer.

Holsten-Bank

Königsstraße 57. F. 8690, 8691, 8692.
Schwartzauer Allee 67a. F. 8902. (8895)

Devise-Kurze.

Damburg, 20. Oktober.
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	20. Okt.	19. Okt.
Holland	100 fl. 2175	2180
Kopenhagen	100 Kr. 985	987 1/2
Stockholm	100 Kr. 1387 1/2	1392 1/2
Kristiania	100 Kr. 970	980
Helsingfors	100 Finn. Mk. 165	175
Schweden	100 Kr. 1110	1115
Wien (alt)	100 S. —	—
do. (neu)	100 S. 25	25
Budapest	100 S. —	19
Brag	100 S. 84	84
Spanien	100 Pesetas 1005	1007 1/2
London	1 £ 242	241 1/2
Paris	100 Frs. 459	459
Belgien	100 Frs. 484 1/2	484 1/2
Italien	100 Lire 280	274
Buvarst	100 Lei —	—
N. York telegr. Ausg. 1 Doll.	70 1/2	70 1/2
do. briefl. Ausg. od. Schek	70 1/2	70 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Tage	Stb.
Angekommen am 20. Oktober.							
D.		Seitendorf	Kraft	Holtenau	1		
D.		Giva	Denning		1		
D.		Wetta	Fetterich		1		
Angekommen am 21. Oktober.							
D.		Rondor	Hansen	Rolding	1		



Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen, Warzen
beseitigt schnell, sicher, schmerzlos

Kukirol 1000000 fach bewährt

Preis M. 3 in Apotheken und Drogerien erhältlich

Am 18. d. M. verstarb nach längerem Leiden
unser Kutscher

Fritz Schumacher

im 61. Lebensjahre. (8338)

Wir werden dem Verstorbenen, der seit Bestehen unseres Werkes in unseren Diensten stand und seinen Posten gewissenhaft erfüllt hat, ein ehrendes Andenken bewahren.

Kühlhaus Lübeck Aktiengesellschaft.
Der Vorstand.

Pa. Kretzel
u. 20 J.
gänger
von 80 bis
60 Jhd. billig zu verkaufen.
P. Stüwe, (8397)
Schönwälderener Straße 18.

Freitag und Sonntag: 6-8
Waisenhof Tanz.

Neu für Lübeck und Umgegend.

Zum ersten Male hier!
Nur kurze Zeit!

Vom Sonntag, dem 24. Oktober,
schräg über vom
Bahnhof, Ecke Kreuzweg-Retteich,
in einer Bude von 50 Meter Länge:

Panoptikum

und
großes anatomisches
Museum

Deutschlands größtes
wanderndes Wackskabinett,
enth. über 1000 Nummern, Gruppen u. Figuren,
ausgeführt in Wachs in natürlicher Größe.

Zwei anatomische Abteilungen
eine für Damen
und
eine für Herren.

Alle, welche Lübeck besuchen, müssen die Gelegenheit benutzen, dieses wissenschaftliche Museum zu besuchen, es ist interessant und belehrend für alle.

Das Museum ist Sonntags geöffn. v. 12 Uhr mitt. Wochentags von 11 Uhr vorm. bis 9 Uhr abds. Eintrittspreis 2 Mk. (8376) Anatomische Abteilung 1 Mk.

Ges. Grundstücke,
wenn auch haufällig, od.
respekturbedürftig (8378)
Augustenst. 3. L.
P. Zügel, Telefon 2977

Gefunden e. Kanne m. Del.
verloren vom Auto. Abzu-
holen (8356) Gabelstraße 12.
Berl. braun, Vorrem. Jah.
50 Wkt., von Eisenstr. bis
Klosterh. geg. Belohn. abzug.
8410) Elmigstraße 7. D.

Neu erschienen:
**Die neue
Steuergesetz-
gebung**

Ratgeber für Arbeitnehmer,
Beamte und Handwerker
von Walter Loeb.
Preis 4.50 Mk.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

H. Schütz,
Johannis-
straße 20.

333 u. 585 enorm
billig. (8390)

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
F. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46. tr.

Theater-Verein „Freiheit“
Am Freitag, 22. Okt.:
Gr. Theater-Abend
im Konzerthaus Flora.
Zur Aufführung gelangt:
1. **Dibelios Orfug.**
Schwank in 1 Aufg.
2. **Durchlaucht kommt!**
Dorffomödie in 3 Akten.
Raffendöffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Eintritt 1.50 Mk., Kinder 1 Mk.
Karten sind bei den Mit-
gliedern sowie abends an
der Kasse zu haben. (8380)

**Männer-
Gesang-Verein**
Secretz-
Dänischburger-
Mitglied des Arbeiter-
Sängerbundes. (8399)

Einladung zum
12. Stiftungsfest
verbunden mit
Ball u. Gesangsvorträgen
am Sonntag, 24. Oktober
im Lokale des Hrn. E. Cordts
Gasthof „Am Kreuzweg“
in Secretz.
Anfang 6 Uhr.

**Deutlich-Belleidungs-
arbeiter-Verein**
Filiale Lübeck.

**Nähting, Schneider
und Schneiderinnen!**

Versammlung
Freitag, dem 22. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht vor den zentralen
Verhandlungen in Leipzig.
Das Erscheinen aller Mit-
glieder dieser Branchen un-
bedingt erforderlich. (8387) Die Ortsverwaltung.

**Verband der
Hausangestellten**

Heute, Donnerstag, 21.
abends 7 1/2 Uhr
Versammlung
(8394) Der Vorstand.

Fledermaus

8 Uhr
(8388)

im I. Stock sehenswerte Bar
alle Mixedgetränke.
Wohltätigkeitsvorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Hansa-Theater

Heute 7 1/2 Uhr: (8374)
Die Czardasfürstin.
Operette in 3 Akt. v. Kalman

Freitag 7 1/2 Uhr:
(6. B. Freit.-Doll.-Abonn.
3. B. Halb-Ab. Ser. II.)
Première
Die Raskinoffs.
Schauspiel in 5 Akten
von Sudermann.

Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Die Czardasfürstin.

Stadttheater Lübeck.

Donnerst. B. u. 5. B. i. D.
Ab. Tiefstand. 7 Uhr.
Vorst. im Gewerkschaftshaus
fällt weg. Gtr. i. Vert. aus.
Freit. B. C u. 6. B. i. D.
Ab. Lobentag. 7 U. (8391)
Sonnab. B. C u. 6. B. i. D. Ab.
Kindertragödie. 7 Uhr.
Sonntag. Faustpl. i. Schül.
1819/20. Morgenfeier. 11 Uhr.
2. Fremdenvorstell. 2.15 Uhr.
Rosa Bernd. Schauspiel.
Cavalleria. Bajazzo. 7 1/2 U.

**Deutscher
Eisenbahner-Verband**
Ortsgruppe Lübeck. (8388)

Nachruf.
Am 15. d. M. starb
unser Kollege, der Hüf-
beizer
Hans Rathmann
ihre seinem Andenken.
Die Beerdigung fand
am 19. d. Mts. in
Boienhagen statt.
Der Vorstand.

Kinderwagen gef. Verd.
kann defekt sein. Ang. u.
M. B. u. d. Grp. (8404)

1 Wagon Latelapfel ver-
kauft u. 8 Uhr an Arch-
1.20 u. 2.10. (8406)

Durch Zufall 2 sehr gut
erhaltene Nähmaschinen
a. 1200 u. 1600 Mk. und
Nähmaschine 300 Mk.
8401) G. Bogelwang 13 a.

1 Kronen-uhrer zu verk.
8402) Balaunerföhr 22.

1 Sehr große Fessel
billig zu verk. (8409)
W. Haws, Finkenburger 39.

Ein guter Kinderwagen,
Marie Brennator, preisw.
zu verkaufen. Neusef. S.
Lindenstr. 15 (8381)

Sofa zu verkaufen.
8377) Bulehstr. 28.

4 Zentner Hen zu verk.
8382) Zrenstump 37.

Kinderwagen, Gasföhr u. Tisch
billig. Näh. Geschäftsfelle.
8389

Morgen von
5-7 Uhr
Schrift und
Jugender
zu verkaufen.
8395) Weidling
Restaurant zur alten Post.